

OFFEN • VIELFÄLTIG • TOLERANT



Geschäftsbericht 2008 | 2009



Inhalt

Editorial	04
Wofür wir stehen »Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen«	05
Positionen »Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern«	10
Der PARITÄTISCHE vor Ort	30
Qualität im PARITÄTISCHEN »Qualitätsgemeinschaften verbinden«	32
Wir mit Ihnen »Gemeinsam Strategien entwickeln«	34
Solidargemeinschaft fördern Mitglied im PARITÄTISCHEN	38
Wir über uns	40
Der PARITÄTISCHE Unternehmensverbund	44
Bildung im PARITÄTISCHEN	48

Der starke Verband an Ihrer Seite

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt vereint seit 20 Jahren unter seinem Dach engagierte ehren- und hauptamtliche Menschen, die sich für die sozialen Belange unserer Bürger einsetzen - und das mit Erfolg. Das Spektrum der Leistungsangebote unserer Mitglieder ist größer und vielfältiger geworden, weil der Verband rechtzeitig auf die veränderte Lebenssituation der Menschen reagiert hat. Wir betreuen deutlich mehr Menschen in höherem Lebensalter und mit Behinderungen, aber auch Familien, die flexible und unkomplizierte Unterstützung brauchen, damit sie die Herausforderungen des Alltags bewältigen können.

Die buntgemischte Mitgliedschaft - inzwischen sind es über 320 Organisationen und Vereine - trägt dazu bei, dass immer wieder neue Impulse und Entwicklungen mitten aus der Gesellschaft den PARITÄTISCHEN bewegen und sein Erscheinungsbild prägen. Dabei ist die Palette vielfältig: Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe und Pflege, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Beschäftigungsförderung und Hilfe für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Die Gleichberechtigung großer Organisationen und kleiner Vereine, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen und die gemeinsame Aushandlung von Standpunkten oder auch Kompromissen gehören zum Bild des PARITÄTISCHEN wie sein neues Logo: das Gleichheitszeichen. Die schnelle Akzeptanz, die dieses Symbol bei unseren Mitgliedsorganisationen gefunden hat und die große Bereitschaft, damit die Zugehörigkeit zum Verband zu kennzeichnen, ist **Ausdruck einer gewachsenen Gemeinschaft** - darauf können wir stolz sein.

Der PARITÄTISCHE ist auch zu einem »Seismographen« für den Zustand unserer Gesellschaft geworden, der die Armutsentwicklung und die Folgen des demografischen Wandels frühzeitig in das öffentliche Bewusstsein gerückt hat. Dabei war und ist es uns nicht nur wichtig, Tatsachen aufzudecken, sondern auch praktikable Lösungs- und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen wie z.B. mit den regionalen Zukunftskonferenzen. Hier war der Verband **Initiator und Moderator** zugleich zwischen den verschiedenen Partnern wie Verwaltungen, Trägern, Politik und regionaler Wirtschaft. Entstanden sind wirksame Netzwerke, die regional angepasst sind und damit hohe Akzeptanz bei allen Beteiligten haben. Verlässliche Hilfe, die ankommt und dazu beiträgt, dass Sachsen-Anhalt lebenswert für alle Menschen bleibt.

Sicher ist Ihnen auch aufgefallen, dass wir unsere **öffentliche Präsenz** erhöht haben und durch unsere vielfältigen Aktivitäten einen höheren Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung erreichen konnten. Wir werden wahrgenommen als aktiver Mitgestalter des Sozialstaates und des öffentlichen Lebens, als Anwalt für hilfebedürftige Menschen und Unterstützer selbstorganisierter Hilfen.

Dazu hat auch unser Verbandsmagazin »BLICKPUNKTE« beigetragen, das mittlerweile eine breite Leserschaft erreicht. Neben verbandspolitischen Positionen bietet es auch einen guten Überblick über regionale Aktivitäten und ermöglicht Mitgliedsorganisationen, sich vorzustellen. Auch Personen aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft können dort ihre Meinung und Einschätzung zu sozialpolitischen Themen äußern.

Mit seinem neuen Erscheinungsbild konnte der Verband nun deutlicher machen, wofür er steht: für Chancengleichheit. Wir bieten den Medien nicht nur verlässliche Ansprechpartner, sondern versorgen sie zeitnah und unkompliziert mit Informationen zu unseren Themen, was zahlreiche Beiträge in Presse, Funk und Fernsehen belegen.

Auf Beschluss der Mitgliederversammlung wurden die verbandseigenen Einrichtungen in eine Betreibergesellschaft überführt. Damit konzentriert sich nunmehr die Arbeit des PARITÄTISCHEN auf die Betreuung von Mitgliedsorganisationen, die gemeinsame Interessenvertretung, Fach- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der PARITÄTISCHE ist als Dachverband **Dienstleister für seine Mitgliedsorganisationen**, dabei sind uns persönliche und räumliche Nähe wichtig, gleichzeitig Verlässlichkeit und Durchsetzungskraft. Die neue Infobroschüre bietet einen guten Überblick über das Leistungsspektrum des PARITÄTISCHEN.

Die gemeinschaftlich finanzierten Kernleistungen kommen allen Mitgliedern zugute. Für die speziellen Bedarfe von Einrichtungen, Vereinen und Projekten bieten wir Ihnen unter dem Leistungsangebot »PARI plus« zusätzliche individuelle Dienstleistungen an.

Angesichts der Vielfalt sozialer Problemlagen und besonderer Herausforderungen, vor denen die soziale Arbeit und damit auch der PARITÄTISCHE steht, haben wir in den letzten Jahren unsere Ressourcen gebündelt und die Aktivitäten

im Rahmen **Sozialpolitischer Schwerpunkte der Verbandsführung** auf bestimmte Themen konzentriert, die über den Zeitraum mehrerer Jahre verfolgt werden:

Übergreifende Schwerpunkte

- **Armut bekämpfen - Zukunft sichern:** Verringerung des Armutsrisikos breiterer Bevölkerungsschichten
- **Demografische Entwicklung sozial gestalten:** Berücksichtigung des demografischen Wandels bei Konzeptentwicklung und Sicherung sozialer Versorgungssysteme
- **freiwilliges Engagement und Selbsthilfe strukturell stärken:** Nachhaltige Förderung der Selbsthilfe



Armut gefährdet unser aller Zukunft!

Gemeinsam stark für Sachsen-Anhalt

Lebensperspektiven durch Arbeit und Beschäftigung für alle Erwerbsfähigen:

Menschen, die seit vielen Jahren ohne Arbeit sind, haben trotz sinkender Arbeitslosenzahlen in Sachsen-Anhalt und Fachkräftemangel kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Für diese Menschen müssen alternativ langfristige Beschäftigungsangebote, auch im sozialen Bereich, geschaffen werden. Eine sinnvolle Tätigkeit für das Gemeinwohl sichert ihre Teilhabe am sozialen Leben in der Gemeinschaft und stärkt Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Die Integration langzeitarbeitsloser Menschen in öffentlich geförderte Arbeit und Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich entlastet kommunale Haushalte und kommt uns allen zugute.

Stärkung eines Integrationsarbeitsmarktes:

Wir fordern daher, weiterhin ausreichend staatlich finanzierte Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Nicht mehr, sondern bessere Beschäftigung, die zu sozialversicherungspflichtigem Einkommen, Qualifizierung und Stärkung der Persönlichkeiten führt. Dafür eignet sich u.a. das Modell »Bürgerarbeit«. Der PARITÄTISCHE wird außerdem die bewährten Büros für Gemeinwohlarbeit weiterhin dafür einsetzen, geförderte Beschäftigungen bei Mitgliedsorganisationen zu vermitteln und die Menschen zu aktivieren. Damit sollen reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängt, sondern ergänzt werden.

Vorschulische Förderung:

Wir fordern einen stärkeren Ausbau der Qualität von Kindertagesstätten, um die individuellen Entwicklungschancen armutsgefährdeter Kinder zu verbessern. Besonders in Kindertagesstätten, die in sozialen Brennpunkten liegen,

Besondere fachpolitische Schwerpunkte

- Durchsetzung des Rechtsanspruches auf Persönliches Budget
- Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
- Verbesserte Zusammenarbeit von Grundschulen und Kindertagesstätten
- Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung durch Vernetzung und sozialräumliche Orientierung
- Verbesserung der Pflegeinfrastruktur/ bedarfsorientierte ambulante und stationäre Angebote
- Versorgung demenziell erkrankter Menschen

Nach Innen gerichtet verfolgte die Verbandsführung das Ziel, die Liquidität zu stabilisieren und zusätzliche Finanzierungen zu akquirieren.

Modellprojekte z.B. zur Umsetzung des Persönlichen Budgets, zur Selbsthilfeunterstützung, zum Kinderschutz oder zur Personalentwicklung in sozialwirtschaftlichen Unternehmen, regionale Projekte, wie z.B. Sozialer Brückenbau oder Projekte in Kooperation mit Mitgliedsorganisationen zeigen unsere Innovationsfähigkeit.

Wir schauen gemeinsam auf eine Erfolgsgeschichte zurück, unser 20-jähriges Jubiläum haben wir vor Augen. Doch in erster Linie möchten wir mit Ihnen nach vorne schauen und auf die Herausforderungen der kommenden Jahre: der Gefährdung durch Armut und Alterung der Gesellschaft, der Sicherung des Fachkräftebedarfs und der Probleme angesichts der knappen Kassen des Landes und der Kommunen.

Unsere sozialen Dienstleistungen und die Selbsthilfe schaffen Werte und müssen ausreichend finanziert werden. Soziale Berufe und freiwilliges Engagement haben Zukunft in Sachsen-Anhalt, wenn sie auch gesellschaftlich hoch bewertet werden.

Ein Einsatz, der sich lohnt, wenn wir unsere Vielfalt in Stärke umwandeln und dies als Rückenwind für diese Herausforderungen nutzen.

Herzlichst,



Ihr Eberhard Jüttner



Ihre Gabriele Girke

Wofür wir stehen: Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen

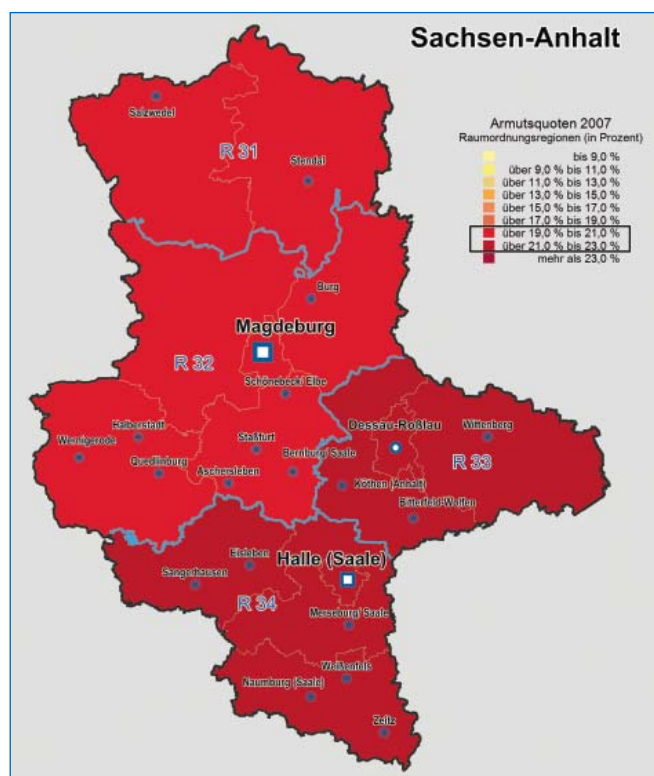
Armut - Alterung - Abwanderung

Die Jahre 2008 und 2009 standen für den PARITÄTISCHEN ganz im Zeichen der drei großen »A« für Armut - Alterung und Abwanderung. Für Sachsen-Anhalt sind es die bestimmenden Zukunftsthemen. Der Verband hat sie auf vielfältige Weise in das Bewusstsein der Mitglieder, Politik und der Öffentlichkeit gerückt.

In Sachsen-Anhalt ist ungefähr jeder vierte Einwohner arm bzw. von Armut bedroht- mit steigender Tendenz. Besonders der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, ist erschreckend hoch. Dies besagt auch deutlich der »Regionale Armutsatlas - Unter unseren Verhältnissen...« des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes aus dem Jahr 2009. Mit 21,5 % ist dies die zweithöchste Armutsquote nach Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland. Hinzu kommt: immer weniger Kinder werden geboren, immer mehr junge, gut ausgebildete Menschen, insbesondere Frauen, verlassen das Land. Ungelernte, Langzeitarbeitslose, Menschen mit sozialen oder gesundheitlichen Einschränkungen, Geringverdiener, Menschen mit Migrationshintergrund brauchen Hilfen. Land und Kommunen müssen dafür

in wachsendem Umfang finanzielle Hilfen aufbringen. Mittelfristig kann jeder fünfte Rentner im Alter durch lange Phasen der Arbeitslosigkeit und/oder geringe Vorsorgemöglichkeiten arm sein.

Diese Entwicklung darf nicht zur Resignation führen, stattdessen hat der PARITÄTISCHE seine Mitgliederversammlung am 18. Oktober 2009 unter den Slogan gestellt »Gemeinsam stark für Sachsen-Anhalt«. Mit konkreten Vorschlägen zur Armutsbekämpfung hat sich der Verband Gehör verschafft. Dazu gehört auch die Initiierung dauerhafter regionaler Bündnisse zur Armutsprävention. Diese können viel konkreter als landesweite Konzepte auf die besondere Situation eines Landkreises bzw. einer Stadt ausgerichtet sein. Sie sollen Facetten und Tendenzen der Armutsentwicklung in der Region erkennen und Bedarfe ermitteln sowie politische Entscheidungen und Sozialplanung beeinflussen. An den Bündnissen sind nicht nur Politik, Verwaltung und soziale Organisationen beteiligt, sondern auch die regionalen Wirtschaftsunternehmen. Der PARITÄTISCHE hat in seinem Positionspapier wesentliche Punkte benannt, in welchen Bereichen Armutsrisiken gezielt begegnet werden kann:



Lebensperspektiven durch Arbeit und Beschäftigung für alle Erwerbsfähigen für langzeitarbeitslose und schwervermittelbare Menschen im Rahmen langfristiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse eröffnen (Integrationsarbeitsmarkt).

Vorschulische Förderung durch verstärkten Ausbau der Qualität in Kindertageseinrichtungen verbessern, Ganztagsbetreuung für Kinder aus armen und bildungsfernen Familien sicherstellen.

Bildungschancen erhöhen durch gezielte Kompetenzförderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen und Schulsozialarbeit bereits an Grundschulen etablieren und durch den Ausbau von Gesamtschulen längeres gemeinsames Lernen sicherstellen.

Altersarmut vorbeugen durch Konzepte, die ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsprozess halten und zusätzliche entgeltliche Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich für Ältere bereitstellen.

Wofür wir stehen: Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen

Die Vorstellung des Positionspapiers ist auf reges Medieninteresse gestoßen. Sowohl Presse als auch Rundfunk haben ausführlich über die Mitgliederversammlung berichtet.

Damit hat der Verband große Erwartungen geweckt und als Initiator und »Zugpferd« einer gemeinsamen Armutsbekämpfung auch Verantwortung übernommen.

In der Folgezeit hat sich der PARITÄTISCHE mit seinen Mitgliedsorganisationen aktiv an der Initiierung und langfristigen Arbeit der regionalen Bündnisse beteiligt. In Magdeburg, in der Altmark, in den Landkreisen Harz, Salzlandkreis, Bitterfeld-Wolfen, Wittenberg, Dessau-Roßlau und Burgenlandkreis fanden sog. **Regional- oder Zukunftskonferenzen** statt. Sie bildeten den Rahmen für die Analyse der Armutssituation in der jeweiligen Region und für konkrete Vorhaben.

Die Veranstaltungen waren stets gut besucht von Kommunalpolitikern, Vertretern der Verwaltungen, Trägern und Einrichtungen sozialer Dienste und interessierten Bürgern. Vorträge von Sozialforschern trugen dazu bei, die gesellschaftlichen Folgen von Armut anschaulich zu verdeutlichen und damit greifbarer zu machen.

Handlungsoptionen wurden entwickelt und konkrete Schritte zur Armutsprävention festgeschrieben. Die Geschäftsberichte der jeweiligen Regionalstellen bieten darüber ausführlich Information.

*Fotos rechts:
Mitgliederversammlung 2008*

*Foto links unten:
Armutskonferenz in Bitterfeld-Wolfen*



Wofür wir stehen: Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen

Risiken und Chancen für ein lebenswertes Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt leidet, wie sämtliche neue Bundesländer, in besonderer Weise unter massiven demografischen Problemen. Die Alterspyramide hat sich auf den Kopf gestellt, eine solche Entwicklung kann nicht ohne soziale Folgen für eine Region bleiben.

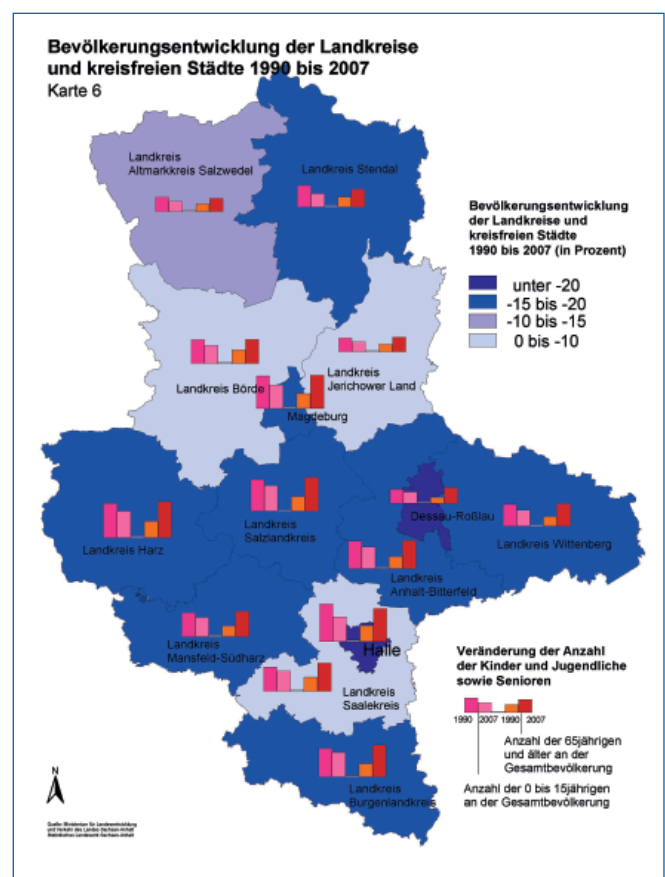
Jeder 30. Bewohner in Sachsen-Anhalt ist pflegebedürftig, Tendenz steigend. Die Hilfebedarfe älterer Menschen mit Behinderungen werden umfangreicher. Kinder und Jugendliche sind häufiger von Armut bedroht, immer mehr Eltern haben einen deutlich umfassenderen Unterstützungsbedarf bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder. Unternehmen und auch soziale Einrichtungen klagen über Fachkräftemangel und können freie Stellen nicht mehr adäquat besetzen. Experten prophezeien einen sinkenden Wohlstand, steigende Arbeitslosigkeit verbunden mit hohem Armutsrisiko und extremen sozialen Ungerechtigkeiten, die gesellschaftliches Konfliktpotential bergen. Auf den ersten Blick erscheinen diese Folgen dramatisch und ohne Aussicht auf eine langfristige Lösung (siehe Grafik rechts).

Der PARITÄTISCHE hat es sich jedoch zur Aufgabe gemacht, diese Zukunftsperspektiven nicht zu dramatisieren, sondern realistische Lösungs- und Handlungsansätze aufzuzeigen und die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Der Tenor dabei ist: Ideen machen Zukunft und Mut. Gerade für die Freie Wohlfahrtspflege bedeutet der demografische Wandel eine besondere Herausforderung mit Blick auf seine zukünftigen Aufgaben.

Dabei stellt sich die Frage: Wie kann es gelingen, Haltefaktoren zu entwickeln, die Sachsen-Anhalt zu einem zukunftsträchtigen Lebens- und Arbeitsort machen und welchen Beitrag leistet der PARITÄTISCHE dazu?

Sachsen-Anhalt ist durch seine Bevölkerungsstruktur und wendebedingte Entwicklung schneller als andere Regionen gefordert, Maßnahmen zu ergreifen und soziale Projekte zu entwickeln, die Verantwortliche verschiedener Ressorts verbindet z.B. Stadtplaner, Bürgermeister, Leiterinnen aus Pflegeheimen und Kindereinrichtungen, Jugend- und Sozialamtsleiter, Bau- und Kulturämter usw.

Einen Auftakt für die verbandliche Diskussion bildete der Verbandstag am 20. Juni 2009 in Gardelegen im Altmarkkreis Salzwedel. Gastgeber war die Mitgliedsorganisation »Jugendförderungszentrum Gardelegen e. V.«



Das Interesse war groß: gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen diskutierten Experten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung die aktuelle Bevölkerungsentwicklung und die sich daraus entwickelnden Bedarfe an sozialen Dienstleistungen. Der Standort war bewusst gewählt: die Altmark ist eine sehr ländliche Region mit geringer Bevölkerungsdichte und steigendem Anteil älterer Menschen. Dagegen ist der Anteil von Frauen im gebärfähigen Alter besonders gering - diese wandern zudem häufig ab. In den verschiedenen Podiumsdiskussionen wurde deutlich: die Wanderungen zwischen den Regionen und die soziale Qualität der Lebensbedingungen kann so gesteuert werden, dass auch Menschen bleiben, die jung, gebildet und mobil sind.

Wofür wir stehen: Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen

Als soziale Haltefaktoren wurden benannt:

- gute Bildung mit Chancengleichheit, individueller Förderung, Integration und Beteiligung
- angepasste, zuverlässige soziale Infrastruktur in Regionalplanungen sichern
- Kräfte, Ideen und Stärken in einer Region herausfinden - bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe fördern

Für Menschen, die in besonderem Maße hilfebedürftig sind z.B. durch soziale Problemlagen, Erkrankungen und altersbedingte Einschränkungen, muss es auch in ländlichen Regionen eine verlässliche soziale Infrastruktur geben, die gleichwertige Lebensbedingungen ermöglicht. Dazu gehört die ausreichende medizinische Versorgung, soziale Beratungsangebote und gemeindenahere Unterstützungsleistungen. Die sozialen Dienste und Angebote sichern nicht nur Lebensqualität, sie sorgen auch dafür, dass diejenigen Menschen, die unter Armutsrisiken leiden, geeignete Chancen erhalten am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben und aktiv zu sein - dies ist eine wichtige Bedingung für demografische Umsteuerung.

Die Botschaft: eine Gesellschaft des langen Lebens positiv und realistisch sehen!

Das bedeutet, die höheren Unterstützungs- und Pflegebedarfe zu sichern und die Potenziale des Alters zu fördern. Die rückläufigen Pflegepotenziale durch Angehörige können nur durch starke und im Quartier/Wohnumfeld vernetzte ambulante Pflege kompensiert werden, welche die stationären Angebote ergänzen und ausgewogene Pflegearrangements sichern.

Der PARITÄTISCHE sieht in der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe eine zentrale Aufgabe und wird sich besonders dafür einsetzen, die Freiwilligen mit den professionellen Diensten zu verbinden.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Diskussion um den drohenden Fachkräftemangel, der sich bereits jetzt im sozialen Bereich deutlich abzeichnet. Mehr denn je wird sich die Freie Wohlfahrtspflege als attraktiver Arbeitsgeber präsentieren müssen, um auch zukünftig die Versorgung und Betreuung von Kindern, Familien, Menschen mit Behinderungen und in schwierigen Lebenssituationen sowie Pflegebedürftige absichern zu können.

Der PARITÄTISCHE macht deutlich:

- wir gehen offensiv in die gesamtgesellschaftliche Diskussion zur Angleichung der Löhne und Gehälter zwischen Ost und West
- wir begleiten unsere Mitgliedsorganisationen bei der Umsetzung eines ausgezeichneten Managements zur Personalentwicklung
- wir fördern die engere Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung zwischen Fach- und Hochschulen und den Einrichtungen und Diensten

Mit dem ESF-Projekt »profi - Altersgerechte Personalentwicklung« hat der PARITÄTISCHE bereits einen ersten Schritt zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen für eine langfristige und zielgerichtete Personalentwicklung getan. Insbesondere die Gewinnung und Qualifizierung von Führungskräften hat dabei einen besonderen Stellenwert. Mehr dazu finden Sie in den BLICKPUNKTEN 02/10 und auf unserer Homepage.

Sachsen-Anhalt wird älter - demografischer Wandel birgt Risiken und Chancen für alle Menschen

Sachsen-Anhalt verliert seit 1991 jährlich zwischen 15.000 und 30.000 Einwohner. Glaubt man den Berechnungen, steigt das Durchschnittsalter bis 2025 auf 50 Jahre.

Rund 80.000 Menschen der 2,4 Millionen Einwohner in Sachsen-Anhalt sind schon heute pflegebedürftig und benötigen Unterstützung durch Dritte. Die Tendenz ist steigend.

Gleichzeitig bedeutet der demografische Wandel ein erhöhtes Armutsrisiko für alle Altersgruppen. »Wir befürchten, dass die Versorgung der Menschen, besonders in ländlichen Regionen, schlechter wird«, so Landesgeschäftsführerin Dr. Gabriele Girke. »Wie zukunftssicher sind ambulante mobile Pflegedienste, wenn deren finanziellen Rahmenbedingungen nicht ausreichend sind?« formuliert Girke weiter. Die soziale Infrastruktur müsse einer älter werdenden und armutsgefährdeten Bevölkerung angepasst werden. Hinzu kommt: Der Fachkräftemangel macht auch vor sozialen Berufen nicht Halt. »Wir sehen in den kommenden Problemen auch Chancen z.B. für junge Menschen, in sozialen Berufen Fuß zu fassen.«

»Es genügt aber nicht, sie für soziale Berufe zu gewinnen und auszubilden, wir müssen ihnen auch gute Arbeitsbedingungen bieten können, damit sie das Land nicht verlassen«, fordert der Verbandsvorsitzende Dr. Eberhard Jüttner. Im Vergleich aber liege die Vergütung der Fachkräfte in sozialen Berufen noch immer 30% unter dem der alten Bundesländer...

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe



Kontinuierlich bestimmten Themen zur Weiterentwicklung der Behindertenhilfe, auf der Rechtsgrundlage des Sozialgesetzbuches XII, §§ 53, 54 »Eingliederungshilfe« die Verbandsarbeit. Die Themen bezogen sich auf notwendige Entwicklungen in der inhaltlichen und finanziellen Ausrichtung der Behindertenhilfe im Land Sachsen-Anhalt:

- Anwendung des personenzentrierten Ansatzes
- Neue Konzepte für alte Menschen mit Behinderungen
- Der Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe (z. B. für ALG II-Anspruchsberechtigte)
- Diskussion der von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz auf Bundesebene vorgeschlagenen Positionen
- Daseinsvorsorge der Kommunen
- Konzepte für niedrigschwellige Angebote
- Die Fortschreibung der Leistungsbeschreibungen gem. Rahmenvertrag § 79 SGB XII
- Die stärkere aktive Einbeziehung der Nutzer/Nutzerinnen

Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen zukunftsorientiert zu entwickeln, bedeutet, die Rechte behinderter Menschen, gem. der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent zu berücksichtigen.

Menschen mit Behinderungen haben zum Beispiel das Recht auf eine selbstbestimmte Wohnunterstützung. Um das im Land durchzusetzen, müssen die Grenzen zwischen stationären, teilstationären und ambulanten Hilfen abgebaut werden. Es müssen neue grundsätzliche Weichen in der Fachplanung und Finanzierung gestellt werden. Dabei wurde die zu wandelnde Rolle der Wohlfahrtsverbände in einem zukünftigen Hilfesystem diskutiert, indem Menschen mit Behinderungen stärker als bisher ihre Vorstellungen auch in die Organisation der Leistungen einbringen und ihre Stellung als Kunden/Auftraggeber gestärkt wird.

Der PARITÄTISCHE vertritt die Position, dass die Umgestaltung des Hilfesystems neben den Wohlfahrtsverbänden als Träger von Einrichtungen und Diensten die Einbeziehung einer Vielzahl von weiteren Akteuren erfordert.

In regelmäßigen Kontakten im Berichtszeitraum zu Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie auf öffentlichen Veranstaltungen wurden Vertreter der Politik und der Verwaltung für die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe sensibilisiert und um deren Unterstützung geworben.

Die öffentliche Diskussion der Behindertenrechtskonvention

Die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen ist nach ihrer Ratifikation in Bundestag und Bundesrat am 26. März 09 auch in Deutschland in Kraft getreten. Schwerpunkt der Verbandsarbeit war, die Inhalte der Behindertenrechtskonvention vorzustellen und öffentlich zu diskutieren.

Die Fachreferentin führte in zahlreichen Veranstaltungen die Diskussion mit Mitgliedsorganisationen, Vertreter/innen der Selbsthilfegruppen und -organisationen, Landtagsabgeordneten und Verwaltungsangestellten. Die Behindertenrechtskonvention wurde in den Kreisgruppen vorgestellt.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Aus der Sicht des PARITÄTISCHEN steht die Behindertenhilfe vor einer **doppelten** Herausforderung: Es geht nicht nur darum, die demografische Herausforderung einer »alternden Gesellschaft« anzunehmen und soziale Sicherheit zu erhalten, sondern auch um einen wirklichen Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe – im Sinne der UN-Konvention muss Sachsen-Anhalt **lebenswerter** in den nächsten Jahren - trotz des demografischen Wandels - gestaltet werden.

Was muss dafür getan werden?

Wir müssen wirkliche Alternativen zu stationären Wohnrichtungen im Land schaffen. Hier haben wir allen Grund den Kurs der Landesregierung kritisch zu beäugen: Welche konkreten Konzepte verfolgt sie, um in der eigenen Häuslichkeit Menschen mit Behinderungen zu betreuen? Uns ist bisher der Plan »kommunaler Dienstleistungszentren« bekannt und die Forderung, stationäre Plätze abzubauen. Weitere planerische Ziele wurden im Berichtszeitraum nicht debattiert!

Auf dem Verbandstag am 20. Juni 2009 haben wir auf drei Punkte aufmerksam gemacht:

- 1. Das Persönliche Budget (PB) wird in Sachsen-Anhalt in Pauschalen gewährt.** Die Pauschalen decken bei weitem nicht im Einzelfall individuelle Hilfebedarfe und Bedürfnisse älterer Menschen mit Behinderung und schwer mehrfach behinderter Menschen. **Das Persönliche Budget muss also individuell bemessen werden**, damit mehr Menschen – auch mit hohem Unterstützungsbedarf das PB als Alternative zur stationären Betreuung wählen können.
- 2. Der Rahmenvertrag gem. § 79 SGB XII muss auf den Prüfstand:** Der Irrtum lautet darin: stationäres Wohnen = teure Hilfe, ambulantes Wohnen = billige Hilfe. Das ambulante Wohnen erfordert aber ein neues Verständnis: Selbst wenn man prognostisch ganz optimistisch heran geht, wird sich der Anteil der Eingliederungshilfe im Land nicht merklich reduzieren lassen. Menschen mit Behinderungen brauchen z. B. in künftigen strukturschwachen Gegenden viel mehr individuelle Unterstützung in Form der Eingliederungshilfe.
- 3. Der Aufbau sozialer Netzwerke** und unterstützender Hilfsangebote im (neuen) sozialen Lebensumfeld von Menschen mit Behinderungen **müsste erheblich unterstützt werden** – da viele künftige Senioren unserer Wohn- und Beschäftigungsstätten außerhalb der Einrichtungen der Behindertenhilfe keine »Netzwerke« haben, stellt dies eine besondere Herausforderung dar: Ambulante Hilfen setzen Toleranz, Meinungsvielfalt und solidarisches Denken und Handeln voraus. Nur wenn es gelingt, die nicht gewachsene Kultur im Umgang mit behinderten Menschen in der »Gemeinde«

zu thematisieren und Unterstützungsangebote entwickelt werden, die dieser Entwicklung der letzten Jahrzehnte Rechnung trägt, wird das Bekenntnis unserer Landesregierung zur Inklusion glaubwürdig sein können!

LIGA-Tagungen wurden vom PARITÄTISCHEN maßgeblich mitgestaltet:

Im November 2008 fand eine landesweite Fachtagung mit den anderen LIGA-Verbänden »**Perspektivwechsel in der Behindertenhilfe: Was für (neue) Hilfen brauchen alt gewordene Menschen mit Behinderung?**« statt.

»**Zwei Schritte vor oder einen Schritt zurück? - Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Land Sachsen-Anhalt**« war die zweite Tagung der LIGA-Verbände.

Rahmenbedingungen zur Entwicklung

- Die bisherige Systematik im Rahmenvertrag gem. § 79 SGB XII muss auf den Prüfstand, wenn man personenzentrierte Hilfen durchsetzen und die Grenzen zwischen stationären, teilstationären und ambulanten Hilfen auflösen will
- Alle Dienste der öffentlichen Daseinsfürsorge müssen auch von und für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sein
- Eine gründliche regionale und überregionale Bedarfsplanung ist notwendig
- Bestehende Hilfestrukturen müssen geändert werden, wenn diese der elementaren Zielsetzung der VN-Konvention nicht entsprechen
- Das Trägerübergreifende Persönliche Budget muss rechtlich durchgesetzt werden
- Die Kommunikation und die Verhandlungen müssen ressortübergreifend geführt und moderiert werden
- Die Finanzierung muß sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren.

Fort- und Weiterbildungsangebote, Veranstaltungen

- **Schulungen zur Anwendung der standardisierten Entwicklungsberichte im Land Sachsen-Anhalt**
Der Verband organisierte für seine Mitglieder im ersten Quartal 2009 acht Schulungen.
- **Tagesseminare zum Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz**
Der Verband organisierte für seine Untergliederungen drei Tagesseminare.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern



• Filmfestival »Verrückt nach Leben« in Magdeburg

Vom 14. bis zum 20. Mai 2009 in Magdeburg
Zum 2. Mal war der PARITÄTISCHE Veranstalter eines Filmfestivals und stellte eines der Höhepunkte in der Öffentlichkeitsarbeit des PARITÄTISCHEN im Jahr 2009 dar. Gemeinsam mit zahlreichen Partnern haben wir die Vorbereitung und Durchführung des Festivals gestaltet. Genannt seien unsere Mitgliedsorganisationen SALUS, die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, Der Weg e.V., Aktion Musik e.V., das Trägerwerk Soziale Dienste mit dem Projekt Seelensteine. Auch Mitarbeiterinnen des Klinikums Magdeburg, des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes Magdeburg und der Telefonseelsorge der DIAKONIE waren beteiligt.

Wir alle hatten ein gemeinsames Anliegen und gaben in mehreren Veranstaltungen zu den Filmvorführungen ein öffentliches Bekenntnis ab:

- wir wollen und müssen uns für psychisch erkrankte Menschen und für Kinder und Jugendliche in Lebenskrisen einsetzen,
- wir wollen ihnen Hilfe anbieten, die sie auch annehmen können,
- wir wollen mit ihnen in Berührung kommen, Ängste auf allen Seiten abbauen
- und wir wollen unsere Augen nicht verschließen, denn soziale und ökonomische Belastungen für Kinder, Jugendliche und Familien haben zugenommen!

Tagung »Zeig dich und tu was!«

Praktische Medienarbeit von und mit behinderten Menschen, September 2009

Die Veranstaltung wurde mit der Medienanstalt Sachsen-Anhalt im September 2009 in Peseckendorf Landesjugendbildungsstätte des PARITÄTISCHEN durchgeführt. Mitarbeiter/innen aus der heil- und medienpädagogischen



Branche haben miteinander diskutiert, welche Angebote es für behinderte Menschen in der Medienarbeit bereits gibt und in Zukunft geben muss. Aus dem Medienbereich sind insbesondere Vertreter der Offenen Kanäle Sachsen-Anhalts angesprochen worden. Auf der Veranstaltung wurden ganz konkrete Praxisbeispiele sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene vorgestellt.

Mit der Veranstaltung betonten wir die sozialpolitische Bedeutung, Menschen mit Behinderung in Medien selbst zu Wort kommen zu lassen: Wir brauchen die Auseinandersetzung in der Gesellschaft, wie Barrieren in den Köpfen abgebaut werden können. Die Tagung hat dazu beigetragen, Menschen mit Handicap zu ermutigen, ihre Interessen selbst öffentlich darzustellen. Wir sind uns sicher, dass authentische Berichte helfen, den gesellschaftlichen Blick auf behinderte Menschen zu ändern.

Schnittstellen zur Eingliederungshilfe

- Die Weiterentwicklung der heilpädagogischen und interdisziplinären Frühförderung

Die Federführung der Verhandlungen in den Jahren 2008 – 2010 hatte für die LIGA-Verbände der PARITÄTISCHE. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern wurden Musterleistungsbeschreibungen für heilpädagogische und interdisziplinäre Frühförderung erarbeitet. Ein standardisierter Förder- und Behandlungsplan und die Musterleistungsbeschreibungen sind mit dem Leistungsträger »Sozialagentur« unter der Moderation des Sozialministeriums abgestimmt worden. Von Juni 2008 – Januar 2010 fanden Verhandlungen um eine Musterkalkulation auf der Grundlage der vereinbarten Musterleistungsbeschreibung für die interdisziplinäre Frühförderung statt. Im Januar 2010 wurden die Verhandlungen als gescheitert erklärt, weil keine Einigung zwischen den Krankenkassen, dem Sozial-

Positionen Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

hilfeträger und den Leistungserbringern möglich schien. Den Forderungen der Wohlfahrtspflege auf eine angemessene Finanzierung der Fahrkosten für die Erbringung mobiler Frühförderung, die Akzeptanz einer 15 % Umlage der Personalkosten für den hohen Leitungs- und Verwaltungsaufwand, die Finanzierung der Erstberatung (niedrigschwelliger Zugang für Eltern mit ihren behinderten Kindern) sowie einer realen Berechnungsgrundlage der Nettojahresarbeitszeit wurde nicht entsprochen. Im Februar 2010 kündigte das Sozialministerium Einzelverhandlungen mit Anbietern an, diese haben bisher nicht stattgefunden.

• Leistungen in Tagesstätten für Menschen mit seelischer Behinderung infolge Sucht

Für Menschen mit seelischer Behinderung infolge Sucht und die gem. § 8 SGB II als erwerbsfähig gelten, wurde es ab 2008 zunehmend schwieriger, Leistungen der Eingliederungshilfe in Tagesstätten zu erhalten. Dieses teilstationäre Angebot würde nicht dem Hilfebedarf entsprechen, für den der Träger der Eingliederungshilfe zuständig wäre. Vielmehr wäre vorrangig der SGB II Träger zuständig, allenfalls ergänzend könne Eingliederungshilfe gewährt werden. Diese Auffassung der Sozialagentur führte dazu, dass Tagesstätten unter 50 % ausgelastet waren und diese in ihrer Existenz bedroht waren.

Der PARITÄTISCHE teilte die Rechtsauffassung des Kostenträgers nicht und vertrat die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen bzw. die der suchtkranken Menschen. Im Sinne der betroffenen Menschen wurde mit dem Kostenträger eine Leistung beschrieben, die unstrittig im Zuständigkeitsbereich der Eingliederungshilfe liegt und die in Tagesstätten im Rahmen von Einzelvereinbarungen seit 2009 erbracht werden kann.

• Das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBG)

Das seit dem 1. Oktober 2009 auf Bundesebene in Kraft getretene Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBG) regelt die zivilrechtlichen Rechte und gilt als Verbraucherschutzgesetz für ältere Menschen, pflegebedürftige oder behinderte volljährige Menschen auch in Sachsen-Anhalt.

Den Mitgliedsorganisationen wurden Musterverträge zur Verfügung gestellt. Der Ausbau des zivilrechtlich höheren Schutzes unserer Nutzer/innen löste trägerinternen Diskussionen aus, die im Sinne der Qualitätsentwicklung und -sicherung nutzerorientierter Angebote durchaus zu begrüßen sind.



Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderung: Wie viel darf Selbstbestimmung kosten?

Mit Jahresbeginn 2008 trat der Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderung in Kraft. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat die Umsetzung dieser neuen Leistungsform für Menschen mit Behinderung zu einem Schwerpunkt der Zielplanung 2008/09 gemacht und widmet sich dem Thema mit einem dreijährigen, von Aktion Mensch geförderten Projekt in besonderer Weise.

Das unter dem Titel »Perspektive B.« laufende Projekt arbeitet eng vernetzt mit dem PARITÄTISCHEN Gesamtverband als landesweite Netzwerk- und Koordinierungsstelle und steht mittlerweile für ein aktives Kompetenzzentrum zum Persönlichen Budget in Sachsen-Anhalt. Im Vordergrund der Arbeit stehen der Abbau weiter bestehender Informationsdefizite, die Vernetzung der verschiedenen Akteure auf Betroffenen-, Anbieter- und Leistungsträgerseite sowie eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Leistungsform bekannter zu machen und die Leistungsträger auch so in Zugzwang zu bringen, das Persönliche Budget zu einer dem individuellen Bedarf angemessenen Alternativleistung zu tradierten Angeboten werden zu lassen.

Neben der grundsätzlichen Informationsarbeit ist vor allem die lokale Vernetzungstätigkeit durch das Projekt von immenser Bedeutung für eine verbesserte Umsetzung des Persönlichen Budgets im Land. In vielen Landkreisen konnten regionale Arbeitskreise gegründet werden, die in ihrer Arbeit konkrete Ziele – wie beispielsweise die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit oder die Organisation von Informationsveranstaltungen – verfolgen. Zahlreiche hoch frequentierte Veranstaltungen und die Entwicklung regionaler Informationsmaterialien sind Ergebnisse dieser lokalen Initiativen.

Mit einer bundesweit beachteten Fortbildungsreihe zum/zur Budgetberater/-in wurden in Zusammenarbeit mit dem PARITÄTISCHEN Bildungswerk Sachsen-Anhalt 22 Teilnehmer zu kompetenten Budgetberatern ausgebildet, die nun Betroffene vor Ort beraten und bei der Antragstellung unterstützen. Aufgrund der hohen Nachfrage wird diese Ausbildungsreihe fortgesetzt.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Mitgliedsorganisationen konnten neben der beratenden Begleitung vor Ort vor allem Akzente in der Öffentlichkeitsarbeit gesetzt werden, so entstanden neben zahlreichen Artikeln in den Printmedien Beiträge für den MDR (Fernsehen und Hörfunk) sowie das Deutschlandradio. In einem eigens produzierten TV-Dokumentarbeitrag wurden Betroffene und Angehörige interviewt, um

so die Vorteile, aber auch die zahlreichen Problemfelder bei der Beantragung und Nutzung des Persönlichen Budgets zu beleuchten. Letztlich konnten auch im Zuge von individuellen Beratungen zahlreiche Menschen dabei unterstützt werden, ein Persönliches Budget erfolgreich zu beantragen.

Nichts desto trotz ist der bisher erreichte Umsetzungsstand des Persönlichen Budgets gerade im Land Sachsen-Anhalt als nicht zufriedenstellend zu bezeichnen. Die Erreichung der hehren Ziele des Gesetzgebers, anhand von am individuellen Hilfebedarf bemessenen Geldleistungen Menschen mit Behinderung ein Mehr an Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen, scheitert in der Regel an unzureichenden und pauschal fest gelegten Budgethöhen sowie einer die Betroffenen überfordernden Bürokratie. Nach wie vor ist zu dem die Frage der Finanzierung einer kompetenten Budgetberatung ungeklärt. Gelingt es nicht, diese erheblichen Defizite zu beheben, wird das Persönliche Budget eine Leistungsform bleiben, die nur für einzelne Betroffene Vorteile mit sich bringen kann.

Der Gesetzgeber hat mit dem §17 SGB IX die Möglichkeit geschaffen, Leistungen zur Teilhabe für Menschen mit Behinderung auch trägerübergreifend in Form eines Persönlichen Budgets (PB) auszuführen.

Dabei handelt es sich um einen Geldbetrag, der sich an den individuellen Bedarfen orientieren soll und Menschen mit Behinderung ermöglicht, die erforderlichen Unterstützungsleistungen in eigener Verantwortung einzukaufen. So wird für Hilfeempfänger die Möglichkeit eröffnet, Teilhabeleistungen eigenverantwortlich zu gestalten, zu bezahlen und somit ein Mehr an Selbstbestimmung zu erreichen.

Bis zum Stichtag 31.12.2009 wurden in Sachsen-Anhalt im Bereich des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe insgesamt 442 Persönliche Budgets bewilligt.

Impulse für eine regionale Altenhilfe- und Pflegestrukturplanung

Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass der absehbare demografische Wandel in Deutschland zu etwa 58% mehr Pflegebedürftigen im Jahr 2030 führen wird. Danach wird die Zahl der Pflegebedürftigen von 2,1 Millionen auf 3,4 Millionen steigen. In Sachsen-Anhalt waren laut aktueller amtlicher Pflegestatistik im Dezember 2007 insgesamt 80.751 Menschen pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung. Das waren 3,3 % der Bevölkerung - bundesweit sind es nur 2,6 %.

Die stärker steigende relative demografische Alterung in Sachsen-Anhalt verändert signifikant die Möglichkeiten individueller Pflege-Arrangements, d.h. private Pflegemöglichkeiten nehmen ab und Abwanderungen und regionale Schrumpfungsprozesse verschlechtern die gesamte notwendige Daseinsvorsorge im Alter. Diese Entwicklung stellt mit steigendem Hilfe- und Pflegebedarf unmittelbar die Frage nach der Art bzw. dem Ort von Pflege. Betroffene wählen je nach individuellen Möglichkeiten z. B. der Familien, des Einkommens oder abhängig von den örtlichen Angeboten individuelle Pflege-Arrangements (bzw. können nur diese wählen). Der dabei beobachtete Trend zur »professionellen« Pflege erklärt sich aus dem beschriebenen demografischen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt.

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt und seine Mitgliedsorganisationen sehen sich verpflichtet, an der notwendigen Zukunftsgestaltung in einer älter werdenden Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Bei diesem Engagement wird immer wieder deutlich, dass es nicht an allgemeinen, sondern an spezifisch regional-demografischen Erkenntnissen und entsprechendem Problembewusstsein mangelt. Die demografische Entwicklung wie auch die Struktur der Pflegebedürftigkeit sind regional höchst unterschiedlich ausgeprägt. Entsprechend unterschiedlich sind die Herausforderungen, wenn neue unterstützende und kompensierende professionelle Angebote entwickelt werden müssen, um den erwarteten Rückgang rein familiärer und informeller Pflege-Arrangements zu kompensieren.

Der PARITÄTISCHE ist mit seinen Mitgliedsorganisationen weiterhin bereit, an Analysen und an der gemeinsamen Suche nach spezifischen Lösungswegen mitzuwirken. Maßgeblich ist dabei, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes ein gemeinsames Ziel bleibt - im Sinne der Gleichwertigkeit der Chancen auf Teilhabe und Selbstbestimmung. Aus diesem Grund hat der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt zusammen mit dem Landkreis Harz und dem Landkreistag Sachsen-Anhalt die Initiative ergriffen und im Rahmen des verbandspolitischen Schwerpunktes »Heraus-



forderungen einer alternden Gesellschaft« im November 2009 in Halberstadt den Fachkongress »Zukunftsaufgaben der Kommunalen Altenhilfeplanung, Pflegestrukturplanung und Seniorenpolitik« initiiert, um gemeinsam diesen Weg zu beschreiten.

Mit der Fachtagung hat sich der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt als kompetenter Gesprächspartner im Land für die Altenhilfeplanung gezeigt. Darlegungen zur kommunalen Seniorenpolitik und Altenhilfeplanung sowie die Vorstellung innovativer Projekte der Altenarbeit und Altenhilfe konnten Impulse für die Seniorenpolitik in einer älter werdenden Gesellschaft geben. Dennoch kann die Tagung nur der Auftakt zu einer intensiven und noch landesspezifischeren Diskussion sein, wie unter den demografischen Entwicklungen mit mehr älteren Menschen und weniger Kindern und Jugendlichen ein gutes Leben in der Kommune - gerade auch für pflegebedürftige Menschen - ermöglicht werden kann.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Herausforderung Demenz

Seit 2006 setzt der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt unter dem Titel »Herausforderung Demenz« einen sowohl fachlichen als auch sozialpolitischen Schwerpunkt, der auch in den Jahren 2008 und 2009 die Arbeit des Verbandes prägte. Zusammen mit der beispielgebenden Arbeit der Mitgliedsorganisationen konnte dieses Engagement nachhaltig zu einem neuen Bewusstsein hinsichtlich des Krankheitsbildes beitragen.



Mit den Ergebnissen der ersten Erhebung des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt zur »Demenzsituation« im Rahmen der amtlichen Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes konnte zusammen mit den Mitgliedsorganisationen erstmals im Jahr 2006 die Bedeutung der Erkrankung spezifisch nachgewiesen werden: es wurden belastbare Aussagen zur Struktur demenziell erkrankter Menschen in Sachsen-Anhalt und zu den Angeboten im PARITÄTISCHEN ermöglicht.

Die Untersuchung 2006 offenbarte das Problem der vielen Demenzerkrankten ohne anerkannte Pflegebedürftigkeit im Sinne der Pflegeversicherung und damit auch ohne Unterstützungsleistungen. Mit Erfolg hat sich der PARITÄTISCHE daher für die bessere Berücksichtigung Demenzerkrankter in der Pflegeversicherung eingesetzt.

Mit der zweiten Erhebung im Jahr 2008 wurde diese empirische Arbeit fortgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl aber auch die Schwere demenzieller Erkrankungen weiter zunimmt. Neben dem insgesamt steigenden Pflegebedarf in Sachsen-Anhalt sind daher auch immer mehr Menschen auf Unterstützung im Alltag und soziale Betreuung angewie-

sen. Die Einrichtungen und Angebote unter dem Dach des PARITÄTISCHEN sichern dabei für sehr viele Menschen ein weitgehend selbstbestimmtes und selbstständiges Leben oder ermöglichen eine zeitweise Entlastung pflegender Angehöriger.

Neben den statistischen Erhebungen stellt die im Rahmen einer Fach-AG unter Einbindung engagierter Mitgliedsorganisationen konzipierte **PARITÄTISCHE Fachtagungsreihe »Herausforderung Demenz«** ein weiteres zentrales Element der Arbeit am Themenschwerpunkt Demenz dar. Die mit den ersten beiden Fachtagungen in den Jahren 2006 und 2007 begonnene Veranstaltungsreihe konnte mit einer dritten **Fachtagung** am 06. Mai 2008 zur Thematik **»Ergebnis- und Lebensqualität«** ihre Fortsetzung finden.

Im Mittelpunkt und zur Diskussion standen die neuen Instrumente »Dementia Care Mapping« für die stationäre und »CarenapD« für die ambulante Versorgung. Ebenso wurde die ärztliche und fachärztliche Versorgung diskutiert und die zu erwartende Stärkung niedrigschwelliger und ehrenamtlicher Angebote durch die Pflegereform in Sachsen-Anhalt thematisiert.

Die gemeinsame Aufbereitung und statistische Darstellung der Versorgung Demenzerkrankter sowie die Fachtagungsreihe machen deutlich, dass das Krankheitsbild Demenz einen zentralen Arbeitsschwerpunkt darstellt, der zugleich eine zunehmende Herausforderung bedeutet.

Im PARITÄTISCHEN spiegelt sich eine Vielfalt besonderer Wohn- und Pflegeangebote sowie spezieller Betreuungs- und Pflegekonzepte wider, mit denen sich die Mitglieder auf diese wachsende Herausforderung einstellen. Neue Wege konnten u.a. mit Unterstützung des Landesverbandes beschritten, Betreuung und Pflege stetig weiterentwickelt und insgesamt wertvolle Erfahrungen gesammelt werden.

Selbsthilfe Der eigentliche »Kitt« unserer Gesellschaft

Die Arbeit des Landesverbandes und unser Selbstverständnis werden ganz wesentlich durch die Vielzahl der bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Initiativen und Selbsthilfeorganisationen geprägt. Unser Verband sieht sich in besonderer Verantwortung für die Selbsthilfegruppen, die sich in allen Feldern der sozialen Arbeit organisiert haben.

Immer mehr Menschen engagieren sich in Selbsthilfegruppen, weil sie neue Beziehungen eröffnen, gegenseitige Entlastung und Halt in schwierigen Lebenssituationen bieten. Sie bilden gemeinsam mit anderen, freiwillig engagierten Menschen die unverzichtbare Grundlage für eine lebendige Gesellschaft.

Menschen engagieren sich für Menschen

Selbsthilfe stärkt den Einzelnen bei Krankheit, Behinderung, sozialen Problemen. Sie ist aber auch freiwilliger Einsatz für den Anderen und die Gemeinschaft. Die Selbsthilfe erstreckt sich über fast alle Lebensbereiche. Zu den Mitgliedern des PARITÄTISCHEN zählen

- Landesorganisationen aus dem gesundheitlichen Bereich, ihre Regionalgruppen und Kontaktstellen
- Netzwerkitiativen, wie z.B. Alleinerziehender und regionale Familienbündnisse oder Arbeitslosen-Initiativen
- Interessengemeinschaften wie der Verfolgten des Naziregimes und ihre Hinterbliebenen,
- Selbsthilfekontaktstellen in den Landkreisen und Städten.

Selbsthilfe unterstützen und stärken – Selbsthilfestrukturen in Sachsen-Anhalt mit und durch Unterstützung des PARITÄTISCHEN

Mit der novellierten Selbsthilfeförderung nach §20c SGB V eröffneten sich der Selbsthilfe in Sachsen-Anhalt neue Beteiligungsmöglichkeiten, gleichzeitig waren damit aber auch neue Herausforderungen und Pflichten verbunden. So galt es, nach der ersten landesweiten Selbsthilfetagung des PARITÄTISCHEN Ende 2007 und mit Beginn der neuen Selbsthilfeförderung ab dem 1. Januar 2008, neue Beteiligungs- und Informationsstrukturen in der Selbsthilfe gemeinsam zu entwickeln und mit Leben zu erfüllen. Diesen Prozess hat der PARITÄTISCHE nach Kräften unterstützt.

Im Mittelpunkt stand dabei die Findung demokratisch legitimer Vertreter aus den Bereichen Selbsthilfegruppen (SHG), Selbsthilfeorganisationen (SHOrg) und Selbsthilfekontaktstellen (SHKS), die an den gemeinsamen Beratungen zur kassenartübergreifenden Gemeinschaftsförderung beteiligt werden. Mit großen Schritten hat die Selbsthilfe in Sachsen-Anhalt diese demokratische Legitimierung mit Unterstützung des PARITÄTISCHEN vollzogen.

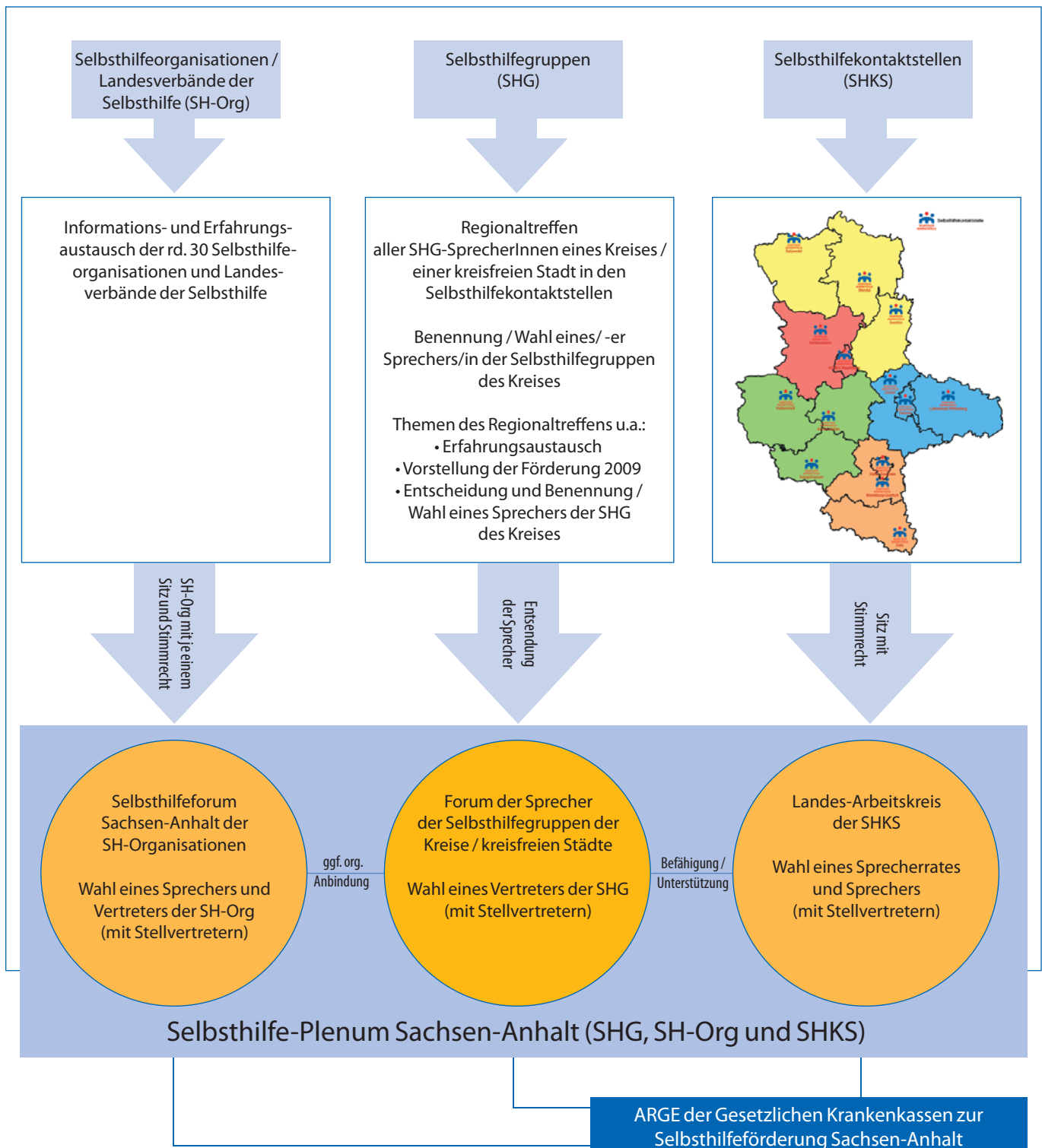
Neben der bestehenden Struktur im Bereich der Selbsthilfekontaktstellen in Form des Landesarbeitskreises, konnte kurzfristig und mit großem Aufwand erreicht werden, dass bereits Anfang Januar 2008 mit dem 1. Selbsthilfeforum diese demokratische Legitimierung auch für die Selbsthilfeorganisationen möglich wurde.

Im September 2008 wurde auf dem 1. Selbsthilfeplenum eine neue verbandsübergreifende Selbsthilfestruktur verabredet und beschlossen, um die Herausforderung einer demokratischen Legitimierung auch für die Vertretung der landesweit 900 SHG zu ermöglichen. Danach führten die Selbsthilfekontaktstellen von Oktober bis Mitte Dezember 2008 regionale Selbsthilfetreffen mit u.a. einer Wahl regionaler Selbsthilfegruppensprecher durch. Die gewählten Vertreter wurden in das Forum der regionalen Selbsthilfegruppensprecher entsandt, das erstmalig am 12.01.2009 tagte. Damit wurde nicht nur die geforderte demokratische Legitimierung ermöglicht, sondern zusammen mit den SHKS zugleich auch der notwendige Informationsfluss in die Regionen sichergestellt.

Da für die Selbsthilfe grundsätzlich weitaus mehr Themen wichtig sind und allgemein ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch gewünscht wird, ist die Entsendung von Vertretern in die ARGE der Gesetzlichen Krankenkassen zur Selbsthilfeförderung nach § 20c SGB V nur eines von mehreren Zielen. Alle Selbsthilfevertreter und -unterstützer bilden zusammen das Selbsthilfe-Plenum, um z.B. gemeinsam Selbsthilfetagungen zu initiieren oder weitere Fachinformationen auszutauschen sowie in einen Erfahrungsaustausch zu treten.

Positionen Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Foren der Selbsthilfe in Sachsen-Anhalt durch und mit Unterstützung des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt



Positionen Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern



Damit hat die Selbsthilfe in Sachsen-Anhalt nicht nur im Bundesvergleich herausragendes geleistet, sondern vor allem mit dem dadurch ermöglichten Fach- und Erfahrungsaustausch eine ausgezeichnete Grundlage zur festen Verankerung und weiteren Stärkung der Selbsthilfe in Sachsen-Anhalt geschaffen.

So belegte schon die große Themenbreite von der Hausarztversorgung bis zur ungelösten Patientenvertretung in Sachsen-Anhalt den Informations- und Austauschbedarf und zugleich die Möglichkeiten der Selbsthilfe, aktiv zu werden.



Bei Wahrung der Autonomie der Verbände, auch im Rahmen der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, stellt der PARITÄTISCHE auch weiterhin seine Ressourcen zur Verfügung, um die Selbsthilfe nach Kräften zu unterstützen und zu stärken.

Ein Forum für alle

Selbsthilfeorganisationen, Kontaktstellen und Gruppen engagieren sich im landesweiten Selbsthilfeforum und im Forum der regionalen Selbsthilfegruppen-Sprecher, die durch den PARITÄTISCHEN initiiert wurden. Der Verband garantiert täglich ihre Beteiligung an Entscheidungen, unterstützt die Finanzierung und Öffentlichkeitsarbeit. Im Verband tauschen sie Informationen und Erfahrungen aus. Sie beeinflussen die Meinungsbildung und der Verband sorgt für Gleichgewicht und Verbindung zu den professionellen Einrichtungen.

Selbsthilfegruppen direkt unterstützen

Für viele Initiativen und Gruppen sind die Regionalstellen des PARITÄTISCHEN wichtige Anlauf- und Treffpunkte. Spezielle Anregung zum Aufbau von Gruppen, Beratung, Information, Kontakte und Hilfen erhalten Einzelne und Gruppen in den unabhängigen Selbsthilfekontaktstellen. Sie sind Wegweiser und Bindeglied im System der gesundheitlichen und sozialen Hilfen.



Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Entwicklung der Selbsthilfekontaktstellen und sinkende Landesförderung

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt setzt sich seit langem für die Schaffung einer verlässlichen Infrastruktur der Selbsthilfekontaktstellen ein. Im September 2007 gelang mit Projektförderungen durch das Land ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Ziel der Förderung war, die Qualität der Selbsthilfeunterstützung zu sichern beziehungsweise auszubauen. Es wurde ermöglicht, regulär beschäftigtes Personal in den Selbsthilfekontaktstellen vorzuhalten und so die Grundlage für eine gesicherte Selbsthilfeunterstützung in Sachsen-Anhalt zu schaffen. Von den aktuell 14 existierenden Selbsthilfekontaktstellen im Land befinden sich neun in direkter Trägerschaft des PARITÄTISCHEN, drei in Trägerschaft seiner Mitgliedsorganisationen.

Unter großen Anstrengungen und nicht zuletzt aufgrund der in kurzer Zeit aufgebauten, gut funktionierenden Strukturen gelang es, die Förderung seitens des Landes - wenn auch mit stark verminderten Förderbeträgen - bis in das Jahr 2009 zu erhalten. Vielfältige Maßnahmen der Qualitätsentwicklung, der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Qualifikationen der MitarbeiterInnen führten in diesem Zeitraum zu einer nachhaltigen Weiterentwicklung der Selbsthilfeunterstützung im Land. Die Vernetzungs- und Kooperationsbemühungen der Kontaktstellen untereinander, mit anderen Unterstützungsangeboten sowie mit Fachleuten aus Politik, Verwaltung und Medizin wurden weitergeführt und intensiviert und schufen ein engmaschiges, effektives Flechtwerk zwischen Verwaltung, Professionellen und Selbsthilfeakteuren. Besuche von Landtagsabgeordneten in den Selbsthilfekontaktstellen verdeutlichten das wachsende Interesse der Politik an der Selbsthilfearbeit.

Trotz dieser beeindruckenden Entwicklung wurde im Rahmen der Diskussionen um den Doppelhaushalt 2010/2011 des Landes deutlich, dass das Land die Förderung von Selbsthilfekontaktstellen zukünftig nicht mehr vorsieht. Damit drohte das Aus einer erfolgreichen und vielversprechenden Entwicklung der Selbsthilfekontaktstellen in Sachsen-Anhalt und damit verbunden auch das Ende für viele Selbsthilfegruppen. In zahlreichen Gesprächen mit Politik und Verwaltung kämpfte der Verband um eine weitere Unterstützung der Selbsthilfekontaktstellen und um eine Fortsetzung der Landesförderung. In regionalen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wurde auf die fatalen Folgen aufmerksam gemacht, die ein Aussetzen der Landesförderung nach sich ziehen würde. Unter anderem bestätigten dies Experten und Selbsthilfe-

akteure im Rahmen einer von den Selbsthilfekontaktstellen Halle-Saalekreis und Merseburg organisierten Veranstaltung des PARITÄTISCHEN am 21. Oktober in Halle (Saale) und appellierten an die anwesenden Mitglieder des Sozialausschusses des Landtages, eine Streichung der Landesförderung zu verhindern. Flankiert wurden diese Bestrebungen durch eine Unterschriftenaktion für den Erhalt der Selbsthilfekontaktstellen. Innerhalb kurzer Zeit konnten 6.969 Unterschriften gesammelt werden, die im Dezember 2009 dem zuständigen Ministerium übergeben wurden.

Diese vielfältigen Maßnahmen führten dazu, dass - wenn auch mit einem nochmals erheblich verringertem Förderbetrag - eine Fortsetzung der Landesförderung für die Jahre 2010 und 2011 erreicht werden konnte.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen - weit unter den bundesweiten Empfehlungen liegenden finanziellen Minimalausstattung der Selbsthilfekontaktstellen - gilt jedoch nach wie vor, eine solide Mischfinanzierung der Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen zu erreichen. In der Verantwortung stehen Kommunen, Landkreise, das Land und die Sozialversicherungsträger. Sie sollten sich maßgeblich an der infrastrukturellen Unterstützung und finanziellen Förderung der Selbsthilfe beteiligen und den gesellschaftlichen Nutzen der Selbsthilfekontaktstellen erkennen.

Mit relativ geringem Einsatz an öffentlichen Mitteln kann durch die so ermöglichte Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen ein Vielfaches bewirkt werden. Investitionen in die Selbsthilfeförderung erwirtschaften durch Einsparungen sonst notwendiger Leistungen volkswirtschaftlich gesehen ein Mehrfaches der aufzuwendenden Mittel und können das Sozial- und Gesundheitssystem so nachhaltig entlasten.

20 Jahre Einsatz, der sich lohnt.



Jeder = wert.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern



Der PARITÄTISCHE macht Schule!

Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe und Chancengerechtigkeit für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben. Damit ist sie auch ein wichtiger Faktor zur Armutsprävention. Die Perspektiven, erfolgreich in Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu starten, steigen mit einem erfolgreichen Schulabschluss. Dabei ist nicht nur das formale, umfangreiche Wissen entscheidend, sondern auch das Vorhandensein sozialer Kompetenzen. Die sog. Schlüsselqualifikationen wie Konflikt- und Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Rücksichtnahme, Zuverlässigkeit und Durchhaltevermögen usw. sind heute wesentlicher Aspekt der »Ausbildungsreife«.

Bildung ist heutzutage ein Prozess, der sich nicht mehr nur auf Schule beschränkt. Für den PARITÄTISCHEN, der sich seit vielen Jahren für die Chancengleichheit aller Menschen einsetzt, ist es daher zur Aufgabe geworden, **Bildung als einen lebenslangen Prozess** in den gesellschaftlichen und politischen Fokus zu rücken. Bildung ist heute vielfältig und eröffnet scheinbar unbegrenzte Möglichkeiten in einer modernen und sich ständig verändernden Welt. Daher muss sie allen Menschen, unabhängig vom sozialen Status, Alter, ethnischer Herkunft und individueller Beeinträchtigung zugänglich sein.

Für einen Verband, der sich für Armutsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Toleranz und Vielfalt einsetzt, liegt es daher auf der Hand, verstärkt auf die Bildungsdebatte Einfluss zu nehmen. In der Satzung des Gesamtverbandes wurde dies nun explizit verankert und Anfang 2009 ein Thesenpapier für eine Reform des Schulwesens unter dem Titel **»Der PARITÄTISCHE macht Schule«** vorgelegt. Der Verband fordert darin eine Totalreform, die vor allem auf mehr Autonomie der Schulen setzt. Schulen brauchen mehr Handlungs- und Gestaltungsfreiheiten vor Ort. Durch eine weitreichende Vernetzung mit außerschulischen Partnern wie Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit, Migrantenorganisationen usw. soll

sichergestellt werden, dass kein junger Mensch auf der Strecke bleibt. Neben einem zügigen Ausbau der Ganztagsangebote und einer längeren gemeinsamen Lernzeit fordert der PARITÄTISCHE besondere Anstrengungen bei der Sprachförderung. Im Landesverband Sachsen-Anhalt wurden die Thesen den Besonderheiten unseres Bundeslandes angepasst und in der Mitgliedschaft diskutiert.

Seit vielen Jahren fordert der PARITÄTISCHE **»Eine Schule für Alle«**, die ein gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ermöglicht. In Sachsen-Anhalt besuchen 14.773 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine separierte Förderschule - damit ist das Bundesland Schlusslicht hinsichtlich der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts. Das 3. Behindertenpolitische Forum 2008 stand ganz unter diesem Thema, der PARITÄTISCHE war Mitveranstalter.

Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein, um **»Schule zu einem positiven Lern- und Lebensort«** zu gestalten und allen Schülern gleiche Chancen auf erfolgreiche Bewältigung des Schulalltags zu ermöglichen. **Das ESF- Programm des Landes »Chancen auf Schulerfolg«** ist auch unter Beteili-

Positionen Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

gung PARITÄTISCHER Träger im Frühjahr 2009 gestartet. Insgesamt sind 4 Netzwerkstellen, 48 Schulsozialarbeiter und etliche bildungsbezogene Projekte unter dem Dach des Landesverbandes aktiv.

Gemeinsam mit dem **PARITÄTISCHEN Bildungswerk** wurde ein Curriculum zur Zusatzqualifizierung für Schulsozialarbeiter entwickelt. Unter dem Titel »Fit sein zwischen den Systemen - Schulerfolg sichern durch zielgerichtetes, professionelles Handeln« können Schulsozialarbeiter und Lehrer in modularen Seminaren als »Tandem« umfangreiches handlungsorientiertes Wissen erwerben. Im Mittelpunkt stehen dabei die Klärung des Selbstverständnisses von Schulsozialarbeit und spezifische Besonderheiten im Gefüge Jugendhilfe-Schule.

Erfolgreiche Fachtagungen zu dem Thema:

»Chancen auf Schulerfolg« am 12. November 2008 in Magdeburg zur Vorstellung des ESF- Programms und mit fachlichen Beiträgen zur Lernsituation von Kindern und Jugendlichen, mit Projektbeispielen und Diskussionsrunden.

»Übergänge in Ausbildung sichern« am 3. Dezember 2009 in Halle/Saale zum Schwerpunkt eines abgestimmten Übergangsmangements Schule- Beruf und frühzeitiger Berufsorientierung.

Das PARITÄTISCHE Jugendwerk (PJW) steht im PARITÄTISCHEN für **Außerschulische Jugendbildung d.h. Lernen an einem anderen Ort**. 42 Träger der offenen Kinder- und Jugendhilfe haben sich zusammengeschlossen und organisieren außerschulische Bildungsprojekte für junge Menschen. Das PJW fungiert dabei als Zentralstelle und sichert auch die Einhaltung vereinbarter Qualitätskriterien. Auch in den Jahren 2008/2009 gab es einen umfangreichen Bildungskalender mit einer breiten Palette an Veranstaltungen, Theaterprojekten, Erlebnispädagogischen Angeboten und Workshops zu gesellschaftspolitischen oder kulturellen Schwerpunkten. **Insgesamt nahmen 1.883 Jugendliche an den Bildungsveranstaltungen teil.** Einen besonderen Focus hat das PJW in den letzten Jahren auf das Thema »Frühzeitige Berufsorientierung, Berufsvorbereitung« gelegt. Unter dem Titel **»Selbstbild- Fremdbild-Berufsbild«** konnten Jugendliche der 8. und 9. Klassen an einem 4- tägigen Workshop Informations- und Entscheidungshilfen bekommen und in einer Kompetenzanalyse persönliche Stärken und Schwächen herausarbeiten.



Seit Jahren ein »Renner« ist das Integrative Theaterprojekt von behinderten und nichtbehinderten Jugendlichen in der Landesjugendbildungsstätte Peseckendorf. Am Ende einer gemeinsamen Woche wurden die Theaterstücke einem begeisterten Publikum von Eltern, Betreuern und Freunden präsentiert.

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt bietet mit seinen Mitgliedsorganisationen eine große Bandbreite von Bildungsangeboten und deckt damit fast alle Lebensphasen ab: von der frühkindlichen Bildung im Kindergarten, über Schule, Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit und Fortbildung aber auch im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung.

*Einen umfassenden Überblick bietet dazu die Ausgabe 2 | 2010 der **BLICKPUNKTE** zum Thema »Bildung eröffnet Chancen«.*

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Frühkindliche Bildung als Zukunftsoption

Am 1. Januar 2009 trat das Gesetz zur Förderung der frühkindlichen Bildung in Kraft. Dieses regelt die Sprachstandfeststellungen für alle Kinder ab dem 4. Lebensjahr in Sachsen-Anhalt.



In Sachsen-Anhalt sind Tageseinrichtungen unter anderem verpflichtet, bei den von ihnen betreuten Kindern im vorletzten Jahr vor der Einschulung den Sprachstand festzustellen und, soweit erforderlich, Sprachförderung im letzten Jahr vor der Einschulung durchzuführen. Hierzu hat das Land umfangreiche finanzielle Mittel bereit gestellt. Mit Hilfe der Mittel wurden die Kindertagesstätten mit dem Testverfahren »Delfin 4« ausgestattet und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in der Anwendung geschult. In den folgenden Jahren werden pro Jahr 2,94 Millionen € im Landeshaushalt für Sprachstandfeststellungen ausgewiesen. Im ersten Halbjahr 2010 wurde mit der Umsetzung der Testverfahren in den Kindertagesstätten begonnen.

Die Mitglieder wurden bei der Einführung des Verfahrens intensiv durch den PARITÄTISCHEN begleitet. Mit dem Test, der in zwei Stufen untergliedert ist, wird die Sprach- und Verständnisfähigkeit von Kindern ermittelt und somit frühzeitig Unterstützung, ggf. therapeutische Hilfe eingeleitet, um für das spätere schulische Lernen Benachteiligungen vorzubeugen. Zwei Fachkräfte aus der Kindertagesstätte begleiten das Verfahren. Eine Fachkraft arbeitet mit dem Kind, die andere dokumentiert die Arbeitseinheiten. Das ist zeitintensiv. Die zwei Fachkräfte führen in der Regel auch die Auswertun-

gen durch. Nach Erhebungen, die der PARITÄTISCHE mit Unterstützung seiner Mitgliedsorganisationen durchgeführt hat, werden für die erste Stufe pro Kind zwischen 45 bis 60 Minuten benötigt, wenn die Kinder mit der Kindertagesstätte vertraut sind. Diese Zeit reicht für sogenannte Hauskinder, die keine Kindertagesstätte besuchen, die aber ebenfalls diesem Sprachtest unterzogen werden, nicht aus. Sie müssen erst mit den Fachkräften und den Räumlichkeiten vertraut sein, sonst kann man den Kindern nicht gerecht werden. Darüber hinaus müssen die Eltern über das Verfahren und die Ergebnisse informiert werden. Das bedeutet: insgesamt ist ein erheblicher zeitlicher Mehraufwand mit der Feststellung der sprachlichen Kompetenz der Kinder

verbunden, der erheblich den Alltag der Kindertagesstätte bestimmt. Die Umsetzung der Sprachstandfeststellungen ist neben dem zeitlichen Aufwand und dem Einsatz von Personalressourcen mit einem hohen Verwaltungsaufwand und der Abstimmung zwischen den Schulen im Einzugsgebiet der Kindertagesstätten verbunden. Darauf hat der PARITÄTISCHE das Ministerium deutlich hingewiesen und Anpassungen eingefordert.

Die umfangreichen Zeiterhebungen zur Sprachstandsfeststellung wurden differenziert ausgewertet und den Trägern zur Verfügung gestellt. Dies insbesondere deshalb, um mit den Trägern gemeinsam Faktenwissen für die Argumentation der zeitlichen Aufwendungen aufbereiten zu können. Denn je nach Einzugsgebiet, dies zeigt die erste Sichtung der Erhebungsbögen, sind ungleiche Aufwendungen vorhanden. Kindertagesstätten, die in belasteten Wohngebieten ihre Angebote vorhalten, müssen mit einem weit aus höherem Zeitvolumen bedacht werden. Dies muss in der weiteren Zusammenarbeit und Anpassung der Richtlinie in Abstimmung mit dem Ministerium bedacht werden.

Kinderschutz in Sachsen-Anhalt

Der Kinderschutz in Sachsen-Anhalt wird durch den PARITÄTISCHEN schon seit 2007 intensiv mit Fachtagungen, Fortbildungen und Qualifizierungen für Kinderschutzfachkräfte begleitet. Unter anderem hat das Grundsatzreferat Kinder- und Jugendhilfe das Curriculum für Fachkräfte im Kinderschutz des Landes Sachsen-Anhalt konzipiert und die Zertifizierung durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales begleitet. In einer Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Kinderschutzfachkraft durch das Referat qualifiziert.

Darüber hinaus wurde der Grundsatzreferent in die »Allianz für Kinder« berufen und ist beratend in diesem Gremium für das Land bei der weiteren Entwicklung des Kinderschutzes tätig.

Im Dezember 2009 trat das »Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern« in Kraft. Der PARITÄTISCHE hat das Gesetz außerordentlich begrüßt:

1. Kinder werden dem Gesetz nach bis zum 18. Lebensjahr definiert. Dies ist in Deutschland beispielgebend und in keinem anderen Bundesland bisher in dieser Form definiert. Sachsen-Anhalt geht hier absolut konform mit der UN-Kinderrechtskonvention.
2. Mit dem Gesetz sollen lokale Netzwerke Kinderschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten eingeführt werden. Durch die Jugendämter sollen die Netzwerke koordiniert und mit verschiedenen Fachdiensten und Fachleuten aus der sozialen, therapeutischen und medizinischen Arbeit und dem Bildungsbereich ausgerichtet sein. Sie sollen frühe, also präventive Hilfen entwickeln und frühzeitig auf negative Entwicklungen im Einzelfall aufmerksam machen. Hierzu wurde für beratende Berufsgruppen, wie Ärzte und Beratungsstellen die Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch angepasst, um Meldungen im Rahmen des Kinderschutzes ermöglichen zu können. Für den Aufbau der Netzwerke liegt im ersten Jahr 20.000,00 € und in den folgenden Jahren 10.000,00 € den Jugendämtern zur Verfügung gestellt.
3. Im Rahmen der Qualitätsentwicklung sollen auf überörtlicher Ebene durch das Ministerium die Netzwerke beim Aufbau begleitet und in ihrer weiteren Arbeit unterstützt werden. Dies geschieht durch die Errichtung des »Zentrums frühe Hilfen für Familien« beim Ministerium.



Beim Aufbau und der Entwicklung eines interdisziplinären und trägerübergreifenden Netzwerkes hat der PARITÄTISCHE in Kooperation mit der Pädiatrie und Gynäkologie des AMEOS Fachkrankenhauses in Halberstadt für die Region Halberstadt beispielgebende Impulse gesetzt. Dies hat dazu geführt, dass das Ministerium für Gesundheit und Soziales die Akteure des Netzwerkes zur Auftaktveranstaltung »Lokale Netzwerke« als Referenten geladen hat. Im Vorfeld hat der PARITÄTISCHE eine erfolgreiche Fachveranstaltung mit mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Harz zum Netzwerk Kinderschutz durchgeführt.

Gelingender Kinderschutz beinhaltet qualitative Kriterien und benötigt kompetente Fachkräfte. In den lokalen Netzwerken, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt landesweit entwickeln, müssen verbindliche und kooperative Formen der Zusammenarbeit auf der Basis von Kooperationsverträgen geregelt werden. Der PARITÄTISCHE wird hierzu weitere Fachveranstaltungen und Unterstützungen anbieten.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Hilfen zur Erziehung – umfangreiche und intensive Leistungen zur Stärkung von Familien

Die Hilfen zur Erziehung umfassen ein sehr großes Leistungsspektrum im Bereich des Kinder- und Jugendhilferechtes von ambulanten Hilfen im Rahmen der Beratung, der aufsuchenden Familienarbeit, der sozialpädagogischen Familienhilfe bis hin zu teilstationären Angeboten in Tagesgruppen und Hilfen im Rahmen von Heimerziehung für Kinder, Jugendliche und auch junge Eltern, in der Regel junge Mütter mit Kind.

Mit Einführung des § 8a Schutzauftrag zur Kindeswohlgefährdung im Kinder- und Jugendhilferecht, der auf Grund der schockierenden Meldungen über Kindestötungen in Familien verabschiedet wurde, ist die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung in allen Leistungsbereichen gestiegen. Nachweislich ist, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Faktenlagen, wie Kinder- und Familienarmut, belastete risikoreiche Lebenslagen, die Zunahme von psychischen Erkrankungen, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Überschuldung, alleinerziehende Familien, mehrfache Auffälligkeiten bei Kindern usw. in Sachsen-Anhalt zu einer hohen Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung beitragen.

Im Rahmen der Konzeptberatung und Angebotsentwicklung werden im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch den Verband entsprechende Daten zur Verfügung gestellt, um die Armutsstrukturen, Inanspruchnahme von Hilfen und die demografische Entwicklung in den Regionen Sachsen-Anhalts zu belegen. Der Fachkräftemangel bei spezialisierten Leistungsangeboten im ländlichen Bereich wird zunehmend prekärer. Bedingt durch die komplexen Anforderungen und Verhaltensauffälligkeiten müssen Fachkräfte ausgewiesene Zusatzqualifikationen vorweisen, um den konzeptionellen Anforderungen zu entsprechen.

Fachgespräche und Fachveranstaltungen zu spezifischen Themen, bei denen Kinder, Jugendliche und Familien auf Grund der Sozialgesetzgebung immer wieder benachteiligt werden, sind bedeutsame Impulsgeber in der Zusammenarbeit mit Leistungsanbietern und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe. Dies zeigt sich z.B. im Bereich der Versorgung von jungen Menschen mit psychisch kranken Eltern. Der PARITÄTISCHE hat mit und für Mitgliedsorganisationen eine große Fachveranstaltung dazu organisiert und im Rahmen von Projektberatung weitere begleitet, die sich diesem Aufgabenfeld zwischen SGB VIII, SGB V, SGB II und SGB XII erfolgreich stellen.

Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung »Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen - Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe« hat die Lebenslagen von allen jungen Men-



schen und von behinderten jungen Menschen untersucht. Diese konsequente Betrachtung in der Berichterstattung ist neu und hat die problematischen Schnittstellen des SGB VIII, SGB IX und SGB XII für die Hilfestellung und die Inanspruchnahme von Leistungen für junge Menschen und deren Familien dargelegt. Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Bericht durch die Position der Bundesregierung: »Eine konsequente Umsetzung des Anliegens, die Lebenslage »Kindheit und Jugend« mit ihren spezifischen Bedarfslagen in den Vordergrund zu stellen, könnte demnach durch eine (altersdifferenzierte) Zusammenführung aller Kinder und Jugendlicher mit Behinderung in der Kinder- und Jugendhilfe herbeigeführt werden«. Die Themen Inklusion, sozialraumbezogene Angebotsentwicklung, Kooperationsformen für junge Menschen mit Behinderungen zwischen Behinderten- und Jugendhilfe wurden fachlich durch den Landesverband begleitet.

»Zwischen den Stühlen« Menschen an den Schnittstellen von Sozialgesetzbüchern

Formal teilen sich die gesetzlichen Zuständigkeiten für junge Menschen neben der Jugendhilfe auch die Eingliederungshilfe, die Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Arbeitsmarktförderung - je nach individuellem Hilfebedarf.

Trotz dieser festgeschriebenen Rechtsansprüche in den Sozialgesetzbüchern auf berufliche und soziale Integration werden besonders benachteiligte und belastete Jugendliche noch nicht angemessen betreut, fallen durch die Hilfesysteme oder werden dazwischen hin und her geschoben. Dazu gehören Jugendliche mit Suchtverhalten oder Suchtgefährdung, Lernschwächen, psychischen Störungen, Delinquenzverhalten oder Wohnungslosigkeit. Sie gelten im Sinne des SGB II als »erwerbsfähig«, sind aber den Anforderungen einer dualen Berufsausbildung, dem Arbeitsalltag (auch im Rahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung) oft nicht oder noch nicht gewachsen. Diese Jugendliche brauchen Angebote, die an den sog. Schnittstellen von Jugendsozialarbeit, Fallmanagement der ARGEN und Eingliederungshilfe nach SGB XII liegen und sich gegenseitig ergänzen.

Eine besondere Zielgruppe sind Jugendliche mit »besonderen Förderbedarf«. Um auch ihnen Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt, jenseits der Werkstatt für Menschen mit Behinderung zu eröffnen, bedarf es gezielter frühzeitiger Berufsorientierung. Auch das Angebot der »Unterstützten Beschäftigung« kann hierbei hilfreich sein.

Im Rahmen von SGB II/III/ VIII und XII sind durchaus maßgeschneiderte, individuelle Angebote für die betroffenen Jugendlichen möglich, wenn sie bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche ausreichend unterstützt und begleitet werden z.B. durch freie Träger unter dem Dach des PARITÄTISCHEN.

Gleichzeitig war der PARITÄTISCHE Mitzeichner der Handlungsempfehlungen des Kooperationsverbundes »Jugendsozialarbeit« auf Bundesebene zur Klärung der Schnittstellen, damit kein Jugendlicher verloren geht. In seinen Handlungsempfehlungen fordert der Kooperationsverbund daher, **flächendeckend in den Kommunen Anlaufstellen für Jugendliche** einzurichten, in denen die Träger der Grundsicherung, die örtliche Arbeitsagentur, das Jugendamt und freie Träger ihre Beratungs- und Vermittlungsangebote gebündelt gemeinsam anbieten. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die gesetzlichen Kooperationsbestimmungen zu schärfen.



Der PARITÄTISCHE schlägt eine Konkretisierung des § 13 SGB II – Jugendsozialarbeit vor, um deren Stellenwert wieder deutlich zu erhöhen. Dazu fanden bereits auf verschiedenen Ebenen entsprechende Gespräche mit Fachleuten und den Fraktionen des Bundestages statt.

Im Rahmen der Fachtagung »Zwischen den Stühlen – Jugendliche im Spannungsfeld...« am 29. Oktober 2008 in Halle/Saale haben 80 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet rechtliche Möglichkeiten und Konzepte zur Gestaltung des Übergangs für besonders belastete Jugendliche bzw. behinderte Jugendliche an den Schnittstellen diskutiert und beispielhafte kooperative Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Fallmanagement und Trägern von Angeboten kennengelernt.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Willkürliche Kürzungspläne durch gemeinsames Engagement verhindert

Erst im Juli 2009 hatte das Sozialministerium den Wohlfahrtsverbänden ein »Sozialpolitisches Gesamtkonzept« vorgelegt und diese zur Stellungnahme aufgefordert. Das umfangreiche Papier hat den Anspruch erhoben, eine vorsorgende und gerechte Sozialpolitik in Sachsen-Anhalt zu sichern. Damit weist das Papier, auch aus Sicht des PARITÄTISCHEN, in die richtige Richtung: den Folgen des demografischen Wandels wie Abwanderung, Alterung und Armutsgefährdung muss wirksam begegnet werden, um unser Bundesland zukunftsfähig zu machen. Gleichwertige Lebensbedingungen sollen Bildungs- und Beschäftigungschancen für alle Menschen sichern.

Anfang August dann der **Abschied vom eigenen Anspruch:** das Land konfrontierte die Träger sozialer Angebote und Einrichtungen mit radikalen pauschalen Kürzungsplänen im Zuge der bevorstehenden Haushaltsplanungen für 2010 und 2011. Diese sollten insbesondere Beratungsstellen für Suchtkranke, Menschen mit Schulden oder chronischen Erkrankungen und Schwangeren- und Erziehungsberatung treffen. Auch die bewährte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch die Jugendpauschale und das Feststellenprogramm wurde in Frage gestellt. Die gerade erst durch viel PARITÄTISCHES Engagement geschaffene Struktur zur Förderung der Selbsthilfekontaktstellen fand sich im Haushaltsentwurf gar nicht wieder. Begründet wurden die Einschnitte mit dem notwendigen Sparkurs des Landes wegen der allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Folgen sollten nun diejenigen tragen, die entweder bereits sozial an den Rand gestellt sind oder besonderer sozialer Fürsorge bedürfen.

Die in der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände, aber auch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und Vereine waren entschlossen, diesen Plänen mit Vehemenz und Engagement entgegenzutreten. Dem zu diesem Zweck gegründeten »Bündnis für Demokratie und Toleranz« schloss sich auch der PARITÄTISCHE an. In unzählige Aktionen und Appellen an Landtagsabgeordnete und Fraktionen, in Gesprächen und öffentlichen Foren wurde auf die Bedeutung dieser Angebote für die Menschen in Sachsen-Anhalt hingewiesen und der Erhalt der sozialen Infrastruktur eingefordert. Das Bündnis erlangte auch große mediale Aufmerksamkeit und hat damit die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement in das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen gerückt.

Auszug aus der öffentlichen Stellungnahme des Landesverbandes:

»Wir empfinden das Vorgehen des Sozialministeriums als brüskierend und widersprüchlich. Die Kürzungspläne sind planlos und ohne fachliche Strategie. Wir erwarten, dass die Fachbehörde uns sagt, auf welche sozialen Angebote zukünftig

verzichtet werden kann und an welchen Stellen wir unsere Leistungen einschränken sollen. Anscheinend hat das Land die bisher praktizierte partnerschaftliche Zusammenarbeit aufgegeben.«

Der PARITÄTISCHE hat immer wieder deutlich gemacht, dass er bereit ist, seinen Beitrag zum Erhalt einer stabilen und angepassten Infrastruktur zu leisten, dazu bedürfe es aber einer vertrauensvollen Kooperation aller Beteiligten und eines wirklichen Mitspracherechtes.

Der PARITÄTISCHE hat dem Land angeboten, gemeinsame Kriterien für eine qualitative soziale Versorgungsstruktur zu erarbeiten. Diese sollten folgende Bedingungen erfüllen:

- zukunftsichernd - bedarfsgerecht
- demografiefest - entwicklungsfördernd
- zugänglich - gleichwertig in Bezug auf Lebensbedingungen
- vernetzt und integrativ
- Wahlmöglichkeit/Pluralität zwischen konfessionellen und nichtkonfessionellen Angeboten sichern.

In diesen Prozess müssen die Kommunalen Spitzenverbände unbedingt frühzeitig eingebunden werden, weil die regionale Versorgung in erster Linie in ihrer Verantwortung liegt.

Das Ergebnis: Der Sozialausschuss des Landtages stoppte aufgrund der massiven Proteste die Kürzungen für soziale Angebote und Verbände im Haushaltsentwurf 2010/11. Alle Beratungsstellen werden vorerst für die 2 Jahre (entsprechend dem Doppelhaushalt) auf dem Niveau von 2009 weitergeführt. Der Finanzierungsanteil des Landes für die Suchtberatungsstellen wurde in das sog. Finanzausgleichsgesetz (FAG) und damit direkt an die Kommunen überführt.

Positionen

Chancen eröffnen - Gemeinwohl fördern

Dies bedeutete in der Folge große Probleme für die Träger der Suchtberatungsstellen, weil die Kommunen das Geld dann Anfang 2010 nicht pünktlich weitergereicht haben. Auch die Jugendpauschale (gleichfalls über das FAG) und das Feststellenprogramm werden zunächst weitergeführt.

Der Ausblick: Die Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen haben sich jedoch einmütig für eine Überprüfung der bisherigen, durch das Land geförderten Beratungsstrukturen ausgesprochen- die Kommunen sollen stärker in die Verantwortung genommen werden. Das Land fördert derzeit eine Vielzahl von Beratungsangeboten und Projekten anteilig mit, für die in erster Linie die Kommunen im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge verantwortlich sind. Niemand verschließt jedoch die Augen vor der dramatischen Finanzsituation der Landkreise und Städte. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, mit besonderem Augenmerk auf die vorhandene Förderstruktur zu schauen, diese hinsichtlich der Wirksamkeit zu prüfen und eine langfristig ausgerichtete Neuordnung der Beratungsangebote anzugehen.

Strategie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege war jedoch stets, die Kürzungspläne nicht nur einseitig abzulehnen, sondern immer als konstruktiver Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen und Vorschläge zur Neuordnung mit zu erarbeiten.

Am 11. November 2009 fasste der Landtag folgenden Beschluss zur Neustrukturierung der Beratungslandschaft:

... die Landesregierung wird gebeten, bis zum III. Quartal 2010 für die unterschiedlichen Beratungsangebote unter Einbeziehung der Träger, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalen Spitzenverbände, Grundlagen für die jeweilige strukturelle und inhaltliche Entwicklung zu erarbeiten...

Dabei sollen die sich verändernden Beratungsbedarfe der Bevölkerung unter Berücksichtigung demografischer, die Art und Anzahl der in einer Region vorzuhaltenden Beratungsstellen sowie mögliche Synergien zwischen den Trägern und/oder den Beratungsstellen dargestellt werden.

Um sich auf den Aushandlungsprozess mit dem Land und den Kommunalen Spitzenverbänden gut vorzubereiten und Argumente für die Neustrukturierung der Beratungslandschaft zu entwickeln, wurde innerhalb des PARITÄTISCHEN wurde eine übergreifende AG »Beratungsstellen« unter Leitung von Antje Ludwig, Referentin der Geschäftsführung, gegründet. VertreterInnen der unterschiedlichen Beratungsbereiche analysierten die vorhandene Beratungsstruktur, prüften die veränderten Beratungsbedarfe und erarbeiteten Kriterien für integrierte und vernetzte Beratung unter dem Dach des PARITÄTISCHEN.

Es wurde deutlich, dass die Beratungsangebote aufgrund ihrer unterschiedlichen Zielgruppen und Ausrichtung auch unterschiedliche Beratungsansätze – und methoden verfolgen und damit nicht unmittelbar vergleichbar sind. Dies muss bei Überlegungen zur vernetzten und möglicherweise integrierten Beratung berücksichtigt werden. Grundsätzlich kann aber davon ausgegangen werden, dass die vorhandenen Beratungsangebote im Rahmen ihres Sozialraumes miteinander vernetzt sind und dort bereits wesentliche Synergien für die ganzheitliche Beratung der hilfesuchenden Menschen erzielt werden. Auch auf der LIGA-Ebene wurde eine solche Arbeitsgruppe mit Vertretern der einzelnen Wohlfahrtsverbände eingerichtet, um ein abgestimmtes Vorgehen zu erreichen.

Hinweis: Die Projektgruppe im Sozialministerium hat mit erheblicher Verzögerung erst im Juli 2010 mit der Arbeit begonnen und wird daher bis zum gesetzten Termin des Parlamentes zunächst nur Grundlagen für den Neustrukturierungsprozess erarbeiten können.

Der PARITÄTISCHE vor Ort

Der PARITÄTISCHE vor Ort

Die fünf Regionalstellen an den Standorten Stendal | Altmark, Magdeburg | Börde, Dessau-Roßlau, Aschersleben und Halle sichern die Betreuung und Beratung der Mitgliedsorganisationen im jeweiligen regionalen Wirkungsbereich ab. Damit wird der PARITÄTISCHE seiner Aufgabe als dachverbandlicher Dienstleister vor Ort gerecht. Die Regionalleiter und Regionalleiterinnen repräsentieren den Verband im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit mit anderen Spitzenverbänden und Partnern.

Regionales Management gehört zum grundsätzlichen Selbstverständnis der Regionalstellen. Dieses ist in erster Linie geprägt von Netzwerkarbeit. Die Mitgliedsorganisationen werden beim Ausbau bzw. Anpassung und Sicherung der sozialen Angebotsstruktur unterstützt und in die regionalpolitischen Diskussionen und Prozesse z.B. Jugendhilfe- und Sozialplanung eingebunden. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Stärkung der fachlichen und ökonomischen Kompetenzen der Mitglieder, damit sie im anspruchsvollen Qualitäts- und Kostenwettbewerb bestehen können. Aktuelle bundes- und landespolitische Themen wurden von den Regionalleitern auf die örtliche Ebene transportiert. Je nach regionaler Besonder-

heit und strukturellem Bedarf wurden gemeinsam mit Mitgliedern und Verwaltungen dazu entsprechende Fachtagungen durchgeführt sowie Initiativen und Projekte entwickelt. Dazu gehören z.B. Gemeinwohlarbeit, Persönliches Budget, Kinder- und Familienarmut.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit ist es allen Regionalstellen gelungen, die sozialen Problemlagen der Regionen und die Vielfalt sozialer Projekte und Angebote den Bürgerinnen und Bürgern bekannt zu machen. Dies ist eine wichtige Grundlage zur Aktivierung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements.

Über die umfangreiche und vielfältige Arbeit der Regionalstellen geben die regionalen Geschäftsberichte und Infohefte Auskunft.



PARITÄT: Auf einen Klick ...

www.paritaet-lsa.de:
Informationen online



Unter www.paritaet-lsa.de finden Sie viele nützliche Informationen rund um den PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt, neueste Fachinformationen, Positionen und Stellungnahmen sowie unser komplettes Dienstleistungsangebot.

Der Terminkalender informiert aktuell über unsere Veranstaltungen.

Als Mitgliedsorganisation haben Sie die Möglichkeit, eigene Informationen über die Webseite des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt zu veröffentlichen.

Schauen Sie regelmäßig rein!

Qualitätsgemeinschaften verbinden

Seit vielen Jahren bilden die PARITÄTISCHEN Qualitätsgemeinschaften ein wichtiges Netzwerk von Einrichtungen. Diese verstehen die Qualitätsentwicklung und -sicherung auf der Grundlage eines fundierten Qualitätsmanagementsystems als gemeinsame Aufgabe. Das anerkannte System wurde von der bundesweit agierenden »PARITÄTISCHEN Gesellschaft für Qualität und Management - PQ GmbH« entwickelt.

Es ist mit entsprechender spezifischer Modifizierung in den verschiedenen Bereichen sozialer Dienste und Einrichtungen anwendbar. Mit der Entwicklung einheitlicher verbindlicher Qualitätsstandards und -verfahren sowie dem damit verbundenen Qualitätssiegel, ist es gelungen, eine hohe öffentliche Akzeptanz und Leistungstransparenz bei den Kostenträgern zu erreichen. Die Qualitätsgemeinschaften stärken den Zusammenhalt der Träger untereinander.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Qualitätsgemeinschaften gehören:

- gegenseitige Beratung und fachlicher Austausch
- eine trägerübergreifende Qualitätspolitik
- die Entwicklung gemeinsame Standards (Qualitätsanforderungen)
- eine abgestimmte sozialpolitische Einflussnahme auf Land und Kommunen und die Formulierung von Argumenten gegenüber den verschiedenen Kostenträgern

Qualitätsgemeinschaft »Hilfen zur Erziehung«

Im Jahre 2009 und im ersten Halbjahr 2010 wurde das Qualitätshandbuch »Hilfen zur Erziehung« kapitelweise erarbeitet. Im Oktober 2010 werden die redaktionellen Arbeiten abgeschlossen sein. Die an der Arbeit beteiligten Mitgliedsorganisationen nutzten die Sitzungen zum fachlichen Austausch und zur gegenseitigen Bereicherung der inhaltlichen Arbeit. Die im QS-Handbuch aufbereiteten Kapitel und damit verbundenen Qualitätsparameter sind Mindeststandards, so die Einigung, die von den Mitgliedern der Qualitätsgemeinschaft erbracht werden müssen. Die Diskussionen um Grundhaltungen und gemeinsam getragene Standards haben dazu beigetragen, dass z.B. die Beteiligungsformen im Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII oder die Aufnahme rituale von jungen Menschen in Einrichtungen der Jugendhilfe von Mitgliedsorganisationen im PARITÄTISCHEN mit Fragen nach Interessen und Wünschen von Familien und jungen Menschen verbunden sind und Kontaktbetreuer/innen am Tag der Aufnahme dem jun-

gen Mensch und der Familie begleitend zur Seite stehen. In den Einrichtungen vor Ort werden Konkretisierungen durch die Träger mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgenommen. Das erarbeitete QS-Handbuch wird als Hilfe und Muster in der Praxis

angewandt und findet bei der Heimaufsicht des Landesverwaltungsamtes hohe Akzeptanz. Die Mitglieder der Qualitätsgemeinschaft können ihre Einrichtungen mit entsprechenden Schildern kennzeichnen. Weiterhin fanden Diskussion zu internen Qualitätsaudits und die damit verbundene Regularien und Zertifizierungen statt.

Qualitätsgemeinschaft »Frühkindliche Bildung, Kindertagesstätten und Horte«

Die Qualitätsgemeinschaft »Kindertagesstätten« hat nach ihrer offiziellen Gründung eine bedeutende inhaltliche Veränderung vorgenommen. Auf Grund der vielen parallelen Entwicklungen und Förderprogramme im Land Sachsen-Anhalt wurde deutlich, dass der bisherige Titel Qualitätsgemeinschaft Kindertagesstätten nicht mehr die Anforderungen abbildet, die in diesem Arbeitsfeld auftreten. Folgerichtig wurde die Qualitätsgemeinschaft umbenannt und erweitert. Der im Jahr 2007 begonnene Qualitäts-Check wurde im Herbst 2008 von 60 Kindertagesstätten abgeschlossen. Das Ministerium für Gesundheit und Soziales hat mit großem Interesse die Ergebnisse und das Verfahren aufgenommen. Mit dem Qualitätscheck haben die Kindertagesstätten gleichzeitig das Zertifikat »Gesunde Kita« erworben. Im Oktober 2009 haben sich mehrere Mitgliedsorganisationen bereit erklärt, ein Qualitätshandbuch zu erarbeiten. Dabei dient das QM-Handbuch »Hilfen zur Erziehung« als Vorlage. Die positiven Erfahrungen, teambereichernde Diskussionen und die Klärung von Grundhaltungen in der pädagogischen Arbeit haben gezeigt, welche Arbeitserleichterung die Anwendung eines spezifischen





QM- Handbuches sein kann. Folgende Kernprozessen sollen beschrieben werden: Aufnahme, Eingewöhnungsphase, Beobachtung und Dokumentation und Gestaltung von Übergängen. Das Land wird mit der anstehenden Novellierung des KiFöG Sachsen-Anhalt gesetzlich vergleichbare Verfahren als verbindlich verankern wollen, damit Träger Qualitätsentwicklung in die Arbeit einfließen lassen. 31 Mitglieder sind in der Qualitätsgemeinschaft registriert.

Qualitätsgemeinschaft »Hilfen für Menschen mit Behinderung«

Im November 2008 fand das erste Treffen der Qualitätsgemeinschaft statt. Hier wurde die Auswertung des Qualitätschecks »Behindertenhilfe«, der von der Paritätischen »PQ Sys« durchgeführt wurde, vorgestellt. Ergebnis der Auftaktveranstaltung der Qualitätsgemeinschaft war, sich auf **Arbeitsschwerpunkte für 2009 /2010** zu einigen:

- Kernprozesse beschreiben, unter der Einbeziehung der Schnittstellen
- Einbeziehung der Nutzer/innen, z. B. in die Planung der Leistungen
- Bewertungskriterien für Ergebnis-Qualität
- Suchen und Finden gemeinsamer Standards (Erreichen des Erfüllungsgrades)
- Beschwerdemanagement für Nutzer/innen, Angehörige etc.
- Qualitätsvereinbarungen (Vorlagen erarbeiten)

Entsprechend dieser Schwerpunkte haben sich Mitglieder in einer Facharbeitsgruppe »Qualitätsentwicklung und -sicherung« organisiert.

Im Berichtszeitraum traf sich die AG acht Mal. Es wurden Kernprozesse beschrieben und die Diskussion einer stärkeren Einbeziehung der Nutzer/innen intensiviert. Im Sinne eines verbesserten Beschwerdemanagements für Nutzer/innen und Angehörige wurde das neue Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz in eine »einfache Sprache« übersetzt und allen Mitgliedern des Verbandes zur Verfügung gestellt.

Qualitätsgemeinschaft »Pflege«

Bereits im Jahr 2004 wurde die Qualitätsgemeinschaft »Pflege« des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt gegründet. Die Qualitätsgemeinschaft ist seitdem in ihrer Entwicklung bis ins Jahr 2009 stetig vorangeschritten und zu einer bekannten Größe für Kostenträger und Kontrollinstanzen geworden.

Im Rahmen verschiedener Fachveranstaltungen wurde sich intensiv mit der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen auseinandergesetzt und Umsetzungsmöglichkeiten in den Einrichtungen und Diensten der Qualitätsgemeinschaft diskutiert. Fußend auf den Ergebnissen unterstützt die Qualitätsgemeinschaft die Charta als Instrument grundwertorientierten Qualitätsmanagements. Im Zuge der Jahrestagung 2008 wurden die Grundlagen für eine einheitliche und lückenlose Pflegedokumentation innerhalb der QGPfl gelegt. Des Weiteren standen in den Jahren 2008 und 2009 die Vorbereitung und Begleitung der Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes und insbesondere der Pflege-Transparenzvereinbarung im Vordergrund der Arbeit.

Mit dem Tag der Offenen Tür in 145 Einrichtungen am 20.09.2008, der Freischaltung einer eigenen Internetseite der Qualitätsgemeinschaft sowie verschiedenen Beiträgen in den Printmedien konnte zu einem erheblichen Bekanntheitszuwachs der Marke »Qualitätsgemeinschaft Pflege« beigetragen werden.

Im Jahr 2010 wurden die Aufgaben der Qualitätsgemeinschaft Pflege neuen Bedingungen angepasst.

Wir mit Ihnen - Gemeinsam Strategien entwickeln

Trägerversammlungen sichern Beteiligung und politische Einflussnahme

Die PARITÄTISCHEN Trägerversammlungen sind bedeutende Gremien der Mitbestimmung und der gemeinsamen Entwicklung von Verhandlungsstrategien mit den Kostenträgern.



In den Trägerversammlungen

- **Altenhilfe**
- **Jugendhilfe**
- **Hilfen für Menschen mit Behinderungen**
- **Kindertagesstätten**

wurde über aktuelle Themen z.B. Gesetzesänderungen, Kostenverhandlungen und fachpolitische Tendenzen informiert und mögliche Konsequenzen aufgezeigt. Auf der Basis einer innerverbandlichen fachpolitischen Diskussion wurden gemeinsame Positionen erstritten und zugleich differierende Interessenlagen und Meinungen deutlich gemacht. Für die Organisation der jeweiligen Trägerversammlungen und die Festlegung der Themen sind so genannten »Steuerungsgruppen« zuständig, die aktuelle Themen zu Finanzierung, Strategie, Qualitätssicherung und Konzepten aufgreifen, Inhalte der Trägerversammlungen vorbereiten und die fachpolitische Ausrichtung der Trägerversammlungen lenken. Neben Vertretern von Mitgliedsorganisationen nehmen die jeweiligen

Grundsatzreferenten und das Referat Leistungsfinanzierung an den Sitzungen der Steuerungsgruppen teil. In den Trägerversammlungen finden folgende Grundsätze Beachtung und werden von den Mitgliedern akzeptiert:

- Die fachpolitische Diskussion berücksichtigt moderne sozialwissenschaftliche Erkenntnisse und sozialpolitische Entwicklungstendenzen.
- Es erfolgt eine Abstimmung zu PARITÄTISCHEN Positionen, Stellungnahmen und Beschlüssen, bevor diese veröffentlicht und in die politische Diskussion gebracht werden.
- Im Rahmen von Trägerversammlungen werden »Verhandlungskorridore« festgelegt.

Verbindliche Grundlage für die Zusammenarbeit in den Trägerversammlungen bilden die jeweiligen Geschäftsordnungen. Diese wurden im Jahr 2009 den aktuellen Erfordernissen angepasst, in den Grundsätzen vereinheitlicht bzw. spezifisch modifiziert. Die Mitgliedsorganisationen delegieren kompetente VertreterInnen in themenbezogene Arbeitsgruppen. Wenn veränderte fachpolitische Positionen bei Mitgliedsorganisationen entstehen und diese Auswirkungen auf die bisherige Positionierung haben, wird der nochmalige fachliche Austausch auf der Trägerversammlung angeregt. Der PARITÄTISCHE informiert die Einrichtungsträger über alle Verhandlungsschritte.

Die Trägerversammlungen haben sich in den Jahren 2008-2009 mit vielfältigen Fragen der Finanzierung sozialer Dienstleistungen befasst. Durch das Referat »Entgelte« wurden die Verhandlungen umfangreich vorbereitet und die Forderungen der Vergütungshöhen mit den Mitgliedern abgestimmt. Ein weiterer Abstimmungsprozess erfolgte dann mit den anderen Verbänden der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, die in der Regel als gemeinsame Verhandlungspartner gegenüber den unterschiedlichen Kostenträgern auftreten. Ein besonderer Erfolg war der Abschluss der Erhöhung der Entgelte für die Eingliederungshilfe für den Zeitraum 1. Januar 2008 bis Juni 2009 um 2% per Festbetrag je Leistungstyp.

Schwerpunkte der Verhandlungsthemen

Bereich SGB V

- Rahmenvertrag zur Pauschale für Inkontinenzmaterial in stationären Einrichtungen mit der AOK Sachsen-Anhalt
- Verhandlung zur intermittierende transurethrale Einmalkatheterisierung (ITEK) mit den Krankenkassen
- Modellprojekt AOK zur integrierten Versorgung - Behandlung chronischer Wunden

Bereich SGB XI

- Verhandlung der Vergütung der ambulanten Pflege
- Verhandlungen zum Inhalt der Leistungskomplexe sowie der Vergütung der ambulanten Pflege
- Entgeltverhandlungen für die stationäre Pflege
- Neue Abwesenheitsregelung ab 1. Januar 2009 in der stationären Pflege
- Vergütungszuschläge für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf in der stationären Pflege
- Gesamtversorgungsvertrag nach § 72 SGB XI
- Finanzierung der Altenpflegeausbildung
- Verwaltung des Bargeldes in der stationären Pflege

Bereich Eingliederungshilfe

- Umstellung der monatlichen Abrechnung – Ambulant Betreutes Wohnen
- Entgeltverhandlung für teilstationäre Leistungen für Kinder
- Verhandlungen Rahmenvertrag SGB XII
- Leistungstyp »Intensiv ambulant betreutes Wohnen«
- Verwaltung des Bargeldes
- Behandlungspflege in Einrichtungen der Eingliederungshilfe – Änderung der Richtlinie nach § 92 SGBV

Bereich Kindertageseinrichtungen

Einzelverhandlungen von Entgelten

- Beratung und Begleitung der Träger von Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung/ Kindertagesstätten

Betriebskosten in Kindertagesstätten

- und Unterstützung der Träger von Kindertagesstätten in den Kostenverhandlungen mit den Kommunen

Wir mit Ihnen - Gemeinsam Strategien entwickeln

Fördermittel: Alternative Finanzierungsquellen erschließen

Die gesamte Sozialwirtschaft unterliegt seit vielen Jahren einer kontinuierlichen Veränderung in ihren Finanzierungsbedingungen. Die zentrale Herausforderung für die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalts ist es daher, den weiterhin zu erwartenden Rückzug des Staates, der Gebietskörperschaften und der Sozialen Sicherungssysteme aus der Finanzierung sozialer Leistungen zu kompensieren. Dazu gehört auch, den Blick über die traditionellen Finanzierungsquellen hinaus auf die Erschließung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten zu richten.

Angebot des PARITÄTISCHEN für seine Mitgliedsorganisationen

Vor diesem Hintergrund bietet der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt seinen Mitgliedsorganisationen umfangreiche Beratung und Unterstützung in Bezug auf die Akquirierung und Verwendung von Stiftungsmitteln, Mitteln aus den EU-Strukturfonds sowie der zentralen EU-Förderung durch das Referat Fördermittel an. Im Berichtszeitraum 2008/2009 konnte dieses Angebot weiter ausgebaut und professionalisiert werden.

Dabei hat das Informationsmanagement in Bezug auf die Akquirierung von Fördermitteln in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Der PARITÄTISCHE hat auf die rasant steigende Informationsflut reagiert und informiert seine Mitglieder aktuell und zeitnah über neu aufgelegte Förderprogramme per Mail, Internet sowie über die eigens aufgelegten »Fördermittel-News«.

13,5 Millionen Euro Stiftungsmittel für Projekte und Vorhaben

Allein 2008/2009 konnte der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt 13.496.098 Euro für Projektvorhaben der Mitgliedsorganisationen aus Stiftungs- und Lotteriemitteln der Deutschen Behindertenhilfe-Aktion Mensch e.V., der Stiftung Deutsches Hilfswerk, der Lotto-Toto Sachsen-Anhalt GmbH, des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, der Lotterie Glückspirale und des Revolvingfonds einwerben.

Insgesamt wurden durch die Mitgliedsorganisationen 364 Anträge auf finanzielle Unterstützung bei Stiftungen und Lotterien eingereicht. 343 Anträge erhielten eine Bewilligung, 21 Anträge wurden abgelehnt bzw. zurückgezogen.

Stiftung Deutsches Hilfswerk (DHW)

Das Fördervolumen betrug 2008/2009 6.004.067 Euro. Insgesamt 46 Anträge wurden durch die Stiftung bewilligt. Gegen-

über den Vorjahren 2006/2007 (4.958.974 Euro) konnte hier eine Steigerung in Höhe von 21 % erreicht werden. Durch das DHW wurden überwiegend Investitionen für den Neu- und Umbau von Vorhaben der Altenhilfe gefördert. Vereinzelt erfolgte eine Förderung von Projekten, deren inhaltliche Ausrichtung sich auf die Unterstützung von Personengruppen, die auf Grund ihrer speziellen gesundheitlichen und sozialen Situation der Hilfe bedürfen, bezog.

Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V. (Aktion Mensch)

Aus Mitteln der Aktion Mensch konnten in den Jahren 2008/2009 Mittel in Höhe von 2.715.424 Euro eingeworben werden. Im Gesamtergebnis ist damit das Fördervolumen im Verhältnis zu den Vorjahren (2.799.385 Euro) gleich geblieben. Ein deutlicher Rückgang ist jedoch im Jahr 2009 zu verzeichnen. Dieser ist auf die bundesweit steigende Zahl der Anträge und den dadurch entstandenen Antragsstau zurückzuführen.

Insgesamt wurden 169 Anträge durch die Aktion Mensch bewilligt (ohne Anträge der Lebenshilfen). Während die Beantragung von Bauvorhaben im Bereich der Behindertenhilfe tendenziell rückläufig ist, steigt die Anzahl der Beantragungen in den Bereichen Projektförderung sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

Im Rahmen der Förderkampagne »dieGesellschafter.de« konnten die Mitgliedsorganisationen in den Jahren 2008/2009 anteilig 336.312 Euro einwerben. Ausgehend von der Frage »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?« fördert Aktion Mensch kleine Projekte und Aktionen mit Initiativcharakter auf lokaler Ebene, die das gesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern fördern.

Lotto-Toto GmbH

Durch die Lotto-Toto GmbH wurden in den Jahren 2008/2009 Mittel in Höhe von 528.800 Euro bewilligt. Der sich bereits in den Vorjahren abzeichnende Rückgang des Fördervolumens hat

Wir mit Ihnen - Gemeinsam Strategien entwickeln

sich damit auch im aktuellen Berichtszeitraum fortgesetzt. Insgesamt wurden durch die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt 29 Anträge gestellt, knapp 25 % davon wurden abgelehnt. Als Ursachen sind rückläufige Einnahmen, die Verpflichtung zur anteiligen Zahlung an das Land Sachsen-Anhalt als auch die Eingrenzung des Förderspektrums zu nennen. Vorhaben, die über Kosten- oder Pflegesätze refinanzierbar sind, werden durch die Lotto-Toto GmbH nicht mehr gefördert.

Ausblick und aktuelle Tendenzen

Die Einnahmen auf dem Glücksspielmarkt sind in den vergangenen Jahren tendenziell rückläufig. Das seit Jahren sinkende Realeinkommen, die Liberalisierung des Glücksspielmarktes als auch das Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages im Jahr 2008 zeigen bereits Auswirkungen auf die Einnahmen der Soziallotterien.

Die Stiftungen und Lotterien reagieren auf diese Entwicklungen neben der Eingrenzung des Förderspektrums und der Reduzierungen des Fördervolumens für einzelne Vorhaben mit verschärften Förderbedingungen. Der angekündigte Trend von der Objektförderung hin zur Subjektförderung beginnt sich durchzusetzen und beeinflusst bereits heute das Förderspektrum der Soziallotterien.

Aus den kontinuierlich steigenden Antragszahlen bei gleichzeitig zurückgehenden Einnahmen der Stiftungen und Lotterien resultiert auch der steigende Anspruch der Stiftungen und Lotterien sowohl an die formale als auch an die fachlich-



inhaltliche Qualität der Anträge. Neben einem schlüssigen Kosten- und Finanzierungsplan bzw. einer gesicherten Gesamtfinanzierung sind die Anforderungen an ein aussagekräftiges und qualitativ hochwertiges Konzept deutlich gestiegen. Kriterien wie Zusätzlichkeit, Innovation, Modellhaftigkeit und Nachhaltigkeit sind in jedem Vorhaben zu berücksichtigen und werden bei der Auswahl zu fördernder Projekte / Vorhaben weiter an Bedeutung gewinnen.

Um den gestiegenen Anforderungen der Stiftungen und Lotterien aber auch der Mitgliedsorganisationen gerecht zu werden zu können, sind Kompetenz und Beratung gefragter denn je. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt trägt den Ansprüchen durch ein professionalisiertes Informations-, Beratungs- und Unterstützungsmanagement auch Rechnung.

Bewilligte Fördermittel 2008 | 2009

Stiftung Lotterie	2008	2009
Aktion Mensch	1.920.397,64 €	795.026,55 €
Deutsches Hilfswerk	2.501.902,00 €	3.502.165,00 €
GlücksSpirale	101.420,00 €	97.825,00 €
Kuratorium Deutsche Altershilfe	205.061,00 €	88.001,00 €
Lotto Toto GmbH	297.300,00 €	231.500,00 €
Revolvingfonds	1.894.500,00 €	1.836.000,00 €
Software AG	25.000,00 €	0,00 €

Solidargemeinschaft fördern

Unter PARITÄTISCHEM Dach ...

Im PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt sind über 320 eigenständige gemeinnützige Organisationen und Selbsthilfegruppen mit ca. 130.000 Einzelmitgliedern zusammen geschlossen. Sie sind in der Jugend-, Familien- und Altenhilfe, der Behindertenhilfe, der sozialen und psychosozialen Versorgung, der Migrantenhilfe, der Drogen- und Suchtkrankenhilfe, der Straffälligen- und Arbeitslosenhilfe, der Bildung und in der Gesundheitsförderung und -versorgung tätig.

Mit Stand vom 31.12.2008 waren in den über 1.700 Einrichtungen, Diensten, Projekten und Selbsthilfegruppen rund 15.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit und ca. 13.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. **Damit ist der PARITÄTISCHE einer der größten Spitzenverbände und Arbeitgeber in der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt.** Hierzu einige Beispiele:

» **Gesundheitshilfe, 38 Einrichtungen, darunter z.B.:**

- 9 Rettungsdienste mit 193 MitarbeiterInnen
- 7 Drogen- und Suchtberatungsstellen mit 30 MitarbeiterInnen
- 4 Beratungsstellen für HIV-Infizierte und Aidskranke mit 16 MitarbeiterInnen
- 4 Krankenhäuser mit 1113 Plätzen und 1353 Beschäftigten
- 5 stationäre Einrichtungen für chronisch mehrfach beeinträchtigte Abhängigkeitskranke 82 Plätzen und 46 MitarbeiterInnen
- 2 Tageskliniken/Tagesstätten für suchtkranke Menschen mit 20 Plätzen
- 2 Beratungs- und Betreuungsstellen für Krebskranke MitarbeiterInnen

» **Jugendhilfe, 482 Einrichtungen, darunter z.B.**

- 205 Kindertagesstätten, Krippen, Kinderhorte und integrative Kindertagesstätten zur Betreuung von 14.776 Kindern mit insgesamt 1903 MitarbeiterInnen
- 60 Heime/Wohngemeinschaften und andere stationäre Einrichtungen, in denen 747 Kinder und Jugendliche von 553 MitarbeiterInnen betreut werden
- 59 Freizeitstätten für Kinder und Jugendliche mit 169 MitarbeiterInnen
- 47 ambulante Einrichtungen der Erziehungshilfe, Jugendhilfestationen (SPFH, EB) incl. integrierter Beratungsstellen mit 122 MitarbeiterInnen
- 17 Tagesgruppen, in denen 79 Kinder durch 46 MitarbeiterInnen betreut werden
- 11 Einrichtungen der Jugendberufshilfe mit 28 Plätzen und 328 MitarbeiterInnen
- 11 Projekte der Schulsozialarbeit mit 28 MitarbeiterInnen

» **Hilfen für Familien, 66 Einrichtungen, darunter z.B.**

- 4 Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftskonfliktberatung mit 32 MitarbeiterInnen
- 7 Beratungsstellen für Ehe- Familien- und Lebensfragen mit 7 MitarbeiterInnen
- 11 Familien- und Mehrgenerationenhäuser mit 72 MitarbeiterInnen
- 9 Frauenzentren mit 19 MitarbeiterInnen
- 6 Frauenhäuser mit 7 Plätzen und 19 MitarbeiterInnen
- 1 Beratungsstelle für gewalttätige Männer mit 3 MitarbeiterInnen



» Hilfen für ältere Menschen, 356 Einrichtungen, darunter z.B.

- 99 Seniorenbegegnungsstätten mit 161 MitarbeiterInnen
- 67 ambulante Pflegedienste/Sozialstationen mit 1081 MitarbeiterInnen
- 64 Seniorenzentren/Pflegeheime mit 4586 Plätzen und 2388 MitarbeiterInnen
- 54 Einrichtungen des altengerechten Wohnens mit 1551 Wohneinheiten und 61 MitarbeiterInnen
- 30 Mahlzeitendienste mit 77 MitarbeiterInnen
- 20 Kurzzeitpflegeeinrichtungen (Tag und Nacht) mit 199 Plätzen und 105 MitarbeiterInnen
- 7 Beratungsstellen für Senioren/Seniorenbüros mit 8 MitarbeiterInnen

» Hilfen für Menschen mit Behinderungen, 313 Einrichtungen, darunter z.B.

- 69 Wohnstätten für geistig, körperlich oder psychisch Kranke mit 1254 MitarbeiterInnen
- 73 Wohngemeinschaften für 725 geistig oder körperlich Behinderte oder psych. Kranke mit 128 MitarbeiterInnen
- 40 Beratungsstellen für behinderte und sinnesbehinderte Menschen
- 35 Tages- und Begegnungsstätten für Menschen mit Behinderungen und psych. Kranke mit 113 MitarbeiterInnen
- 26 Anerkannte Werkstätten, in denen 4371 behinderte Menschen arbeiten
- 20 Frühförder- und Beratungsstellen mit 104 MitarbeiterInnen
- 16 Fahrdienste für behinderte Menschen mit 139 MitarbeiterInnen
- 7 Integrationsfachdienste mit 22 MitarbeiterInnen

» Hilfen für Personen in besonderen sozialen Situationen und weitere Hilfen, 68 Einrichtungen, darunter z.B.

- 14 Wohnstätten für Suchtkranke mit 346 Plätzen und 113 MitarbeiterInnen
- 10 Beratungsstellen für Betreuer und Beistände mit 80 MitarbeiterInnen
- 8 Beratungsstellen für Aussiedler und Flüchtlinge mit 20 MitarbeiterInnen
- 3 Wohnstätten für Obdachlose mit 38 Plätzen und 4 MitarbeiterInnen
- 5 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen mit 11 MitarbeiterInnen
- 1 Werkstatt und Beschäftigungseinrichtung, in der 27 arbeitslose und benachteiligte Erwachsene tätig waren
- 47 Studentenheime mit 5074 Plätzen und 147 MitarbeiterInnen

» Bildung, 5 Einrichtungen:

- 2 staatlich anerkannte Fachschulen für Heilerziehungspflege
- 2 allgemeine und berufsbildende Schulen
- 1 Altenpflegeschule

» Selbsthilfe, 231 Einrichtungen und Selbsthilfegruppen, darunter z.B.

- 14 Kontakt-, Informations- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen
- 181 Selbsthilfegruppen, die Landesverbänden unter dem PARITÄTISCHEN Dach angehören
- 700 Selbsthilfegruppen, die durch Selbsthilfekontaktstellen betreut werden
- 40 weitere Selbsthilfegruppen und Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements

Wo PARITÄT draufsteht,
sind gleiche Chancen drin.

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband
trägt seit 2007 ein neues Zeichen:

Das Gleichheitszeichen.



Mit Offenheit und Toleranz setzen wir uns seit 20 Jahren
für vielfältige soziale Hilfen in Sachsen-Anhalt ein.

Weil alle = wert sind.

Wir fördern

das Gemeinwohl und setzen uns für alle Menschen ein,
die unsere Unterstützung brauchen

Wir beeinflussen

politische Entscheidungen für eine sozial gerechte
und zukunftsfähige Gesellschaft

Wir unterstützen

freiwilliges Engagement und verbinden es
mit modernen Dienstleistungen

Wir aktivieren

Selbsthilfe und unterstützen selbstbestimmtes Leben

Unser Vorstand



Vorstandsvorsitzender
Dr. med. Eberhard Jüttner
 Vorsitzender der Deutsch-Rumänischen
 Gesellschaft Sachsen-Anhalt/lasi



stellv. Vorstandsvorsitzende
Jutta Pietsch
 Vorsitzende des Sozialwerkes des
 Demokratischen Frauenbundes,
 Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.



stellv. Vorstandsvorsitzender
Wolfgang Bahn
 Geschäftsführer des Blinden- und
 Sehbehindertenverbandes
 Sachsen-Anhalte e.V.



Eva Buder
 Geschäftsführerin
 Volkssolidarität-Verwaltungs-
 gGmbH



Ralf Böse
 Vorstand des Jugendförderungs-
 zentrums Gardelegen e. V.



Dr. Michael Reiser
 Gesundheits- und Behinderten-
 sportverein Haldensleben e. V.



Dr. Jürgen Hildebrand
 Vorsitzender des Allgemeinen
 Behinderten-Verbandes
 in Sachsen-Anhalt e. V.

Der Vorstand des PARITÄTISCHEN Sachsen- Anhalt wurde in der Mitgliederversammlung 2008 für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Er übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus. Vorstandssitzungen fanden in der Regel 6 mal jährlich statt. Der Vorstand hat mit der Landesgeschäftsführung die sozialpolitischen Schwerpunkte des Verbandes entwickelt und deren Umsetzung geprüft:

- Verringerung des Armutsrisikos breiterer Bevölkerungsschichten: Armut bekämpfen - Zukunft sichern
- Berücksichtigung des demografischen Wandels bei Konzeptentwicklung und Sicherung sozialer Versorgungssysteme: demografische Entwicklung sozial gestalten
- Nachhaltige Förderung der Selbsthilfe, freiwilliges Engagement und Selbsthilfe strukturell stärken

Weiterhin wurden besondere verbandpolitische Schwerpunkte verfolgt, die sich im Wesentlichen mit der strukturellen Entwicklung des Verbandes beschäftigen:

- Stabilisierung der Liquidität und Sicherung der Verbandsfinanzierung
- Ausgründung einer Betreibergesellschaft für die Einrichtungen der PARITÄTISCHEN Sozialwerke
- gezielte Personalentwicklung für Fach- und Führungskräfte

Darüber hinaus hat sich der Vorstand mit den aktuellen sozialpolitischen Themen befasst und die Wirksamkeit regionaler Verbandsarbeit geprüft. Es fanden thematische Treffen mit den Mitgliedern des Beirates statt und gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesverbänden unter dem Dach des PARITÄTISCHEN. Diskutiert wurden das verbandliche Engagement in der schulischen Bildung, die Forderungen des PARITÄTISCHEN im Bundestagswahlkampf, die Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege und die Entwicklung der Sozialwirtschaft sowie die Finanzierung der Verbandsarbeit.

Mitarbeit in Organisationen und Gremien

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt ist Mitglied in folgenden Verbänden und Organisationen:

- » Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
- » Deutscher PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V.
- » PARITÄTISCHE Tarifgemeinschaft - Arbeitgebervereinigung von Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN
- » Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
- » Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e. V.
- » Fachverband Drogen- und Rauschmittel e. V.
- » Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e. V.
- » Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen-Anhalt e. V.
- » Deutsch-Rumänische Gesellschaft e.V. Sachsen-Anhalt/lasi
- » Verein zur Förderung des Behinderten- und Rehabilitationssports e. V.
- » Stiftung »Familie in Not« Sachsen-Anhalt
- » Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- » PARITÄTISCHES Bildungswerk Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- » Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.
- » Förderverein Neue Synagoge Magdeburg e. V.
- » BSM – Deutscher Fundraisingverband e. V.
- » Bundesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte
- » IGFH Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen

Gremien und Ausschüsse auf Landesebene:

- » Demografiebeirat beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
- » Beirat der Wirtschafts- und Sozialpartner Sachsen-Anhalts
- » Begleitausschuss EFRE und ESF der EU-Verwaltungs-

- behörde des Landes Sachsen-Anhalt
- » Ethik-Kommission
- » Selbsthilfeforum Sachsen-Anhalt
- » Allianz für Kinder
- » Bündnis für Demokratie und Toleranz
- » Kommission K75
- » Verhandlungskommission zum Rahmenvertrag nach § 75 SGB XI
- » Verhandlungskommission zur Vergütung der ambulanten Pflege nach § 89 SGB XI
- » Verhandlungskommission zum Rahmenvertrag nach § 132 und 132a SGBV
- » Landespflegesatzkommission nach SGB XI
- » Landespflegeausschuss nach SGB XI
- » K 75 nach SGB XII
- » Landesjugendhilfeausschuss
- » Beratender Ausschuss für Behinderte beim Integrationsamt
- » Besuchskommission des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung Sachsen-Anhalt
- » Arbeitskreis Pflege
- » Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt:

- » Vorstand
- » Fachausschuss »Sozialpolitik und soziale Sicherung«
- » Fachausschuss »Kinder- und Jugendhilfe«
- » Fachausschuss »Behindertenhilfe« und UAG Frühförderung
- » Fachausschuss »Altenhilfe«
- » Fachausschuss »Entgelte«
- » Landesstelle für Suchfragen im Land Sachsen-Anhalt
- » AG »Psychosoziale Beratung«

- » LAG »Werkstätten für Menschen mit Behinderung«

Gremien und Ausschüsse auf Bundesebene

- » Präsidium und Hauptausschuss beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
- » Fachausschuss Altenhilfe und Pflege beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge
- » Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
- » Zentralbeirat der Bank für Sozialwirtschaft
- » Vorstand Kuratorium Deutsche Altenhilfe
- » Beirat für Pränataldiagnostik und Schwangerschaftsabbruch beim Bundesministerium für Gesundheit

Gremien in den Regionen

- » Netzwerke und regionale Bündnisse
- » Kreisarbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege
- » Jugendhilfe- und Sozialausschüsse
- » psychosoziale Arbeitsgemeinschaften
- » Beiräte z.B. bei Grundsicherungsträgern SGB II

Gremien und Ausschüsse im Gesamtverband

- » Vorstand
- » Verbandsrat
- » Konferenz der Landesvorsitzenden
- » Konferenz der Landesgeschäftsführer
- » Arbeitskreis Altenhilfe und Pflege
- » Arbeitskreis Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit/ Bundeskoordinatoren
- » Arbeitskreis Behindertenhilfe
- » Arbeitskreis Frauen/Frauenhäuser
- » Arbeitskreis der JugendhilferferentInnen
- » PARITÄTISCHES Qualitätsnetzwerk-Koordinierungsgruppe/Steuerungsgruppe

- » Arbeitskreis Pflegesatzfragen
- » Arbeitskreis »Suchtfragen«
- » Arbeitskreis »Gefährdetenhilfe«
- » Arbeitskreis »Soziale Psychiatrie«
- » Arbeitskreis »Rechtliche Betreuung«
- » Arbeitskreis »Selbsthilfe«
- » Arbeitskreis »Kindertagesstätten / Kindertagespflege«

Sonstige Gremien

- » Ausschuss nach dem Sozialgerichtsgesetz zur Ernennung von Richtern
- » Widerspruchsausschuss der Berufsgenossenschaft für Freie Wohlfahrtspflege
- » PARITÄTISCHEN Bildungswerk, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

Der PARITÄTISCHE Unternehmensverbund

Beim Aufbau und in der Entwicklung des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt sind verbandseigene Einrichtungen und Dienste geschaffen worden, die der Umsetzung der Verbandspolitik dienen. Die sozialanwaltlichen Aufgaben und die Ausprägung moderner sozialer Dienstleistungen im Verband wurden durch diese Einrichtungen unterstützt. Sie tragen zur Finanzierung der Verbandsarbeit, zur Erhöhung der fachlichen Kompetenz und zum Image des Landesverbandes bei.

Die Mitgliederversammlung 2006 beauftragte den Vorstand, möglicherweise entstehende strukturelle Schwierigkeiten und Konflikte zwischen den verschiedenen Aufgaben des Verbandes als Dachverband und als Betreiber eigener sozialwirtschaftlicher Einrichtungen kritisch zu analysieren. Der Vorstand favorisierte daraufhin eine Ausgliederung der verbandseigenen Einrichtungen in eine Betreibergesellschaft, wie es durch viele Mitgliedsorganisationen vorgeschlagen und in den Kreisgruppenberatungen sowie in der Mitgliederversammlung 2008 befürwortet wurde. Die verbandseigenen Einrichtungen und Angebote wurden mit Beschluss der außerordentlichen Mitgliederversammlung 2009 vollständig in eine Betreibergesellschaft überführt. Sämtliches Personal und alle Einstellungsstrukturen werden seit 2009 in der eigenständigen „Gemeinnützige Paritätische Sozialwerke - PSW GmbH“ geführt. Damit ist eine klare Trennung, wie von der Mitgliedschaft gefordert, auch strukturell gesichert worden. Der Gesellschaftsvertrag und die tatsächliche Geschäftsführung dieser Betreibergesellschaft sind den Satzungsaufgaben des Verbandes und dessen Leitbild unterworfen. Der Geschäftsfüh-

rer ist Jürgen Dutschko. Er ist als stellv. Landesgeschäftsführer ausschließlich mit der Leitung des Unternehmensverbundes betraut, zu dem neben der PSW-GmbH auch weitere Gesellschaften gehören (siehe folgende Seiten).

Das Vermögen des Verbandes an Grund und Boden sowie Immobilien, das zum Betreiben dieser Einrichtungen entstanden ist, verblieb beim Landesverband. Die Einrichtungen dieser ausgegliederten Betriebe erbringen weiterhin einen Anteil zur Finanzierung des Landesverbandes. Sie beteiligen sich ebenso aktiv am Verbandsleben als Mitgliedsorganisation, wie dies auch die anderen Tochtergesellschaften des Landesverbandes tun. Die Verwaltung des Landesverbandes ging ebenfalls auf die PSW GmbH über. Sofern der Landesverband aus den Servicebereichen der Verwaltung Dienstleistungen an die Mitglieder erbringt, wird dies auch weiterhin durch die PSW GmbH unter entsprechender Beauftragung gewährleistet werden und ab 2010 unter dem Namen PARI plus für alle Mitglieder zur Verfügung stehen (www.pari-plus.de).

Sozialwerk Altenhilfe

Das Sozialwerk Altenhilfe ist ein Geschäftsbereich der PSW-GmbH. Das Sozialwerk erbringt soziale Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren in Form von fachkompetenter Information und Beratung, individueller Betreuung und Begleitung bis hin zu professioneller Pflege als Unterstützung zur Führung eines selbstbestimmten Lebens bis ins hohe Alter.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit steht die ganzheitliche Pflege und Betreuung. Unter Berücksichtigung der Individualität und Wahrung der Persönlichkeit der Kunden leisten hoch motivierte und gut qualifizierte MitarbeiterInnen einen Beitrag zur Erhaltung oder Förderung der Lebensqualität älterer, pflegebedürftiger Menschen. Zum Portfolio des



Sozialwerkes Altenhilfe gehören: Wohnen mit Service in altersgerechten Wohnungen, Sozialzentren/Begegnungsräumen, Tagespflegen, Sozialstationen, Seniorenzentren/Altenpflegeheime incl. Kurzzeitpflege. Angebote wie Hausnotruf oder Essen auf Rädern u.a. können vermittelt werden. Das Sozialwerk Altenhilfe setzt ein Qualitätsmanagement um, das die Einhaltung von Standards sichert.

www.psw-altenhilfe.de
Geschäftsbereichsleiterin: Dr. Anja Linz-Sonntag
Wiener Str. 2
39112 Magdeburg
Tel.: 0391/6293360
Fax: 0391/6293368

Sozialwerk Behindertenhilfe

Das Sozialwerk Behindertenhilfe ist ein Geschäftsbereich der PSW-GmbH. Unsere ca. 200 MitarbeiterInnen betreuen, beraten und beschäftigen Menschen mit entsprechenden Hilfebedarfen in stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen der Eingliederungshilfe, der ambulanten Suchthilfe (Drogen- und Suchtberatungsstellen), regionalen Beratungs- und Sozialisierungshilfeprojekten, Beschäftigungsprojekten für Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. Ausbildung.

Unsere Einrichtungen und sozialen Dienste finden Sie an unterschiedlichen Standorten in Sachsen-Anhalt; schwerpunktmäßig in Magdeburg, Halle/Saalekreis, im Harz und in Bitterfeld. »Selbstbestimmt Leben« lautet unser Leitmotiv. In diesem Kontext realisieren wir unseren sozialen Auftrag. Wir zeigen unseren Bewohnern, Klienten, Menschen in



besonderen Lebenssituationen Lebensperspektiven auf und ermöglichen eine weitgehend selbstbestimmte und freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

www.psw-behindertenhilfe.de
Geschäftsbereichsleiterin: Birgit Reinhardt
Merseburger Straße 246
06130 Halle (Saale)
Tel: 0345 520410
Fax: 0345 5204141
breinhardt@mdlv.paritaet.org

Sozialwerk Kinder- und Jugendhilfe

Das Sozialwerk ist ein Geschäftsbereich der PSW GmbH und vorrangig im Bereich der Erziehungshilfe nach § 27 ff des KJHG im gesamten Land Sachsen-Anhalt mit ca. 280 MitarbeiterInnen tätig. Die Einrichtungen und Dienste sind strukturell in einzelne Regionen, in sogenannte Erziehungshilfeverbände, zusammengefasst. Es gibt diese Verbände in der Altmark, in der Region um Dessau, der kreisfreien Stadt Halle, in den Regionen Harz und Börde und im Saalekreis. Die Angebotspalette des Sozialwerkes reicht von der klassischen Erziehungs- und Schwangerschaftsberatungsstelle über Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH), Tagesgruppen, Kinder- und Jugendheimen bis hin zu einzelnen Projekten, zum Beispiel für junge Mütter mit Erziehungsschwierigkeiten. Zusätzlich werden auch Leistungen im Bereich der Schulsozialarbeit an 17 Schulen erbracht und Klienten in zwei Schuldnerberatungsstellen im Land Sachsen-Anhalt



beraten. Die Arbeit mit unseren Klienten ist von der Idee getragen, stets respektvoll, wertschätzend und lösungsorientiert zu agieren. Die Vernetzung unserer Dienste und Einrichtungen untereinander ist ein weiteres Credo unserer Arbeit. Wir nutzen dadurch besonders die Qualifikationen unserer MitarbeiterInnen zu Gunsten einer erfolgreichen pädagogischen und therapeutischen Intervention.

www.paritaet-jugendhilfe.de
Geschäftsbereichsleiter: Mirko Günther
Wiener Str. 2
39112 Magdeburg
Tel.: 0391/6293390
Fax: 0391/6293596391
mguenther@mdlv.paritaet.org

Der PARITÄTISCHE Unternehmensverbund



Ansprechpartner:
Uwe Lenz
Priemern Nr. 2
39606 Bretsch
Telefon: 039384 | 21329
Fax: 039384 | 86501
ulenz@mdlv.paritaet.org
www.gut-priemern.de

Sozialtherapeutisches Zentrum Gut Priemern gGmbH

Gesellschafter: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt 100 %

Das STZ widmet sich inhaltlich der Betreuung von sozial- und deliktgefährdeten Jugendlichen, jungen Erwachsenen und seelisch Behinderten infolge Suchterkrankung. Die Gesellschaft ist Träger eines Wohnheimes, eines intensiv betreuten Wohnens und eines Wohnbereiches für altgewordene, chronisch mehrfach geschädigte Suchtkranke. Das Wohnheim für chronisch mehrfach geschädigte Suchtkranke ist eine komplementäre Einrichtung mit dem Ziel, Behinderungen und deren Folgen zu beseitigen oder zu lindern. Infolge der Chronifizierung ihrer Erkrankung und den damit verbundenen somatopsychosozialen Abbauerscheinungen wird den Bewohnern ein geschützter, suchtmittelfreier Lebensraum geboten.

Weiterhin gibt es Einrichtungen der stationären Jugendhilfe und der Untersuchungshaftvermeidung für sozial- und deliktgefährdete Jugendliche. Die Zielsetzung der Einrichtung besteht darin, den Jugendlichen alternative sozialpädagogische Hilfe mit dem Ziel der Resozialisierung anzubieten. Dabei steht der pädagogische Grundsatz: »Erziehen statt Strafen« im Vordergrund. Ergänzt wird das Angebot zeitgemäßer Wohlfahrtsarbeit durch Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose.



Ansprechpartner:
Jens Bathge
Wiener Straße 2
39112 Magdeburg
Tel.: 0391 | 6293560
Fax: 0391 | 6293567
jbathge@mdlv.paritaet.org

PARITÄTISCHE Sozialbau und Immobilienverwaltung GmbH

Gesellschafter: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt 100 %

Die PARI GmbH berät die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt bei der Erstellung von Finanzierungskonzepten im Bereich von Bauvorhaben, während des Bauvorhabens und bei der Planung und Errichtung von frei finanzierten Sozialbauten (Zweckgebäuden).

Zum Leistungsprofil der PARI GmbH gehören:

- » Maler- und Bodenbelagsarbeiten
- » Betreuung Ihrer Baumaßnahme (Projektsteuerung, Objektbetreuung, SiGeKo)
- » Energiemanagement
- » Immobilienverwaltung
- » Kostencontrolling

Gemeinnützige PARITÄTISCHE Gesellschaft für Sozialarbeit Darlingerode/Harz mbH

Gesellschafter: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt: 95,9 %
Gemeinde Darlingerode: 4,1 %

Die Gesellschaft ist Träger eines Wohnheimes für körper- und körpermehrfach-behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Oehrenfeld. Es werden aber auch Kinder mit Konzentrationsstörungen, die nachweislich organisch bedingt sind oder Menschen, die nach schwerer Krankheit, nach einem Unfall oder einer Operation in Oehrenfeld eine Anschlussbehandlung erhalten, aufgenommen. Zusätzlich wird Trainingswohnen, Außenwohngruppe, ambulant betreutes Wohnen und Tagesförderung angeboten. Soziales Anliegen der Gesellschaft ist es, Menschen, deren Behinderungsgrad ein selbstständiges Leben nicht zulässt, ein Wohnheim vorzuhalten, welches ein geschütztes, aber im Rahmen der individuellen Möglichkeiten der Körperbehinderten auch ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.



Ansprechpartnerin:

Sylvia Grahn
Oehrenfelder Weg 25
38871 Darlingerode
Telefon: 03943 | 6950
Fax: 03943 | 695314
www.einrichtung-fuer-koerperbehinderte.de
sgrahn@mdlv.paritaet.org

Gemeinnützige PARITÄTISCHE INTEGRAL GmbH

Gesellschafter: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt: 100 %

Die Gemeinnützige PARITÄTISCHE INTEGRAL GmbH ist Betreiber von vier Übernachtungs- und Tagungshäusern, deren Aufgabe u. A. die Durchführung außerschulischer Bildungsmaßnahmen und die Förderung von Menschen mit Behinderungen ist. Im bereits vor 20 Jahren gegründeten Bildungs- und Freizeitzentrum Wolmirstedt und im Erlebnispädagogischen Centrum Havelberg, mit eigenem Bootsteg und Padelbooten, werden vor allem pädagogisch begleitete Projekte für Schulklassen angeboten. Die Landesjugendbildungsstätte Peseckendorf ist ein Tagungshaus mit Hochseilgarten und eigenen Bildungsmaßnahmen. Zu diesen gehören Veranstaltungen für Bildungsbenachteiligte, erlebnispädagogische Projekte und internationale Jugendbegegnungen. Das barrierefreie Integrationsdorf Arendsee bietet ein Urlaubs- und Bildungsprogramm für Menschen mit Behinderungen, Senioren, Familien, Kinder und Vereine an. Für den Qualitätsstandard wurden die vier Einrichtungen durch das Bundesforum Kinder und Jugendreisen e. V. bzw. durch den Deutschen Tourismusverband ausgezeichnet.



Ansprechpartner:

Gunther Schöndube
Wiener Straße 2
39112 Magdeburg
Telefon: 0391 | 6293507
Fax: 0391 | 62935536
www.integral-ggmbh.de
integral@mdlv.paritaet.org

Bildung im PARITÄTISCHEN

BESUCHEN SIE UNS
IM WORLD WIDE WEB

WWW.BILDUNGSWERK-LSA.DE

BILDUNG • ONLINE • BUCHEN

PARITÄTISCHES BILDUNGSWERK
SACHSEN-ANHALT

Mit Unterstützung von www.chancengleichheit-im-internet.de

PARITÄTISCHES Bildungswerk 2009

Das PARITÄTISCHE Bildungswerk Sachsen-Anhalt konnte 2009 seine Aus- und Weiterbildungsangebote für im sozialen Bereich tätige Menschen und Organisationen weiter ausbauen und sich dabei als Bildungsträger für paritätische Partner profilieren.

Für die Erwachsenenbildung bestätigte sich die seit 2007 konsequent erfolgende Orientierung an den Weiterbildungsbedarfen und -erfordernissen paritätischer Einrichtungen und Mitglieder als erfolgreiche Strategie. Der Anteil der TeilnehmerInnen an den Weiterbildungsangeboten aus paritätischen Einrichtungen bzw. Mitgliedsorganisationen konnte von geschätzt einem Drittel im Jahr 2007, auf belegbare 55 v.H. im Jahr 2009 gesteigert werden. 39 v.H. der TeilnehmerInnen waren MitarbeiterInnen paritätischer Mitglieder, 16 v.H. MitarbeiterInnen aus Einrichtungen der PARITÄTISCHEN Sozialwerke.

Ausbildung - Fachschule für Sozialwesen

Das Jahr 2009 galt vor allem der Entwicklung und dem weiteren Ausbau der Fachschule für Sozialwesen mit den Schwerpunkten:

Anerkennung der Heilpädagogik-Ausbildung

Mit Datum vom 01.12.2009 erfolgte nach einem Schulleiterwechsel zum Jahresbeginn und dem erfolgreich absolvierten Prüfverfahren des Landesverwaltungsamtes, die Verleihung

der Eigenschaft einer anerkannten Ersatzschule für die Fachrichtung Heilpädagogik der Fachschule für Sozialwesen durch das Kultusministerium Sachsen-Anhalt. Damit erhält das PARITÄTISCHE Bildungswerk nun auch für diese Fachrichtung Finanzhilfe des Landes Sachsen-Anhalt. Für die Absolvent/innen dieser Fachrichtung ändert sich dadurch nichts, sie erhalten weiterhin den Abschluß: staatlich anerkannter Heilpädagoge/staatlich anerkannte Heilpädagogin.

Schulbauförderung aus Konjunkturpaket II

Im August 2009 erhielt das PBW einen Zuwendungsbescheid für eine Projektförderung im Rahmen der Schulbauförderung aus Mitteln des Konjunkturpakets II in Höhe von rund 217 TEU.

Gefördert werden damit Investitionen zur vor allem energetischen Sanierung der Fachschule für Sozialwesen in Drübeck in den Haushaltsjahren 2009 und 2010. Im Jahr 2009 erfolgte, unter Regie der PARI GmbH, der Einbau neuer Fenster am Schulgebäude und der Umbau des alten Speisesaals zu einem zusätzlichen Unterrichts-, Veranstaltungs- und Mehrzweckraum.

Neugründung und Standorterweiterung: Ausbildung von Erzieher/innen ab 2010

Seit Ende 2007 erfolgte ein Austausch mit Vertreter/innen von Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt zum Bedarf einer innovativen Erzieherausbildung, die den modernen Anforderungen an dieses Berufsbild, vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels, gerecht wird. Im Ergebnis dieser Gespräche und einer schriftlichen Trägerbefragung beschloss der Vorstand im Jahr 2009, einen Genehmigungsantrag zur Errichtung und zum Betrieb des Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachschule für Sozialwesen beim Kultusministerium zu stellen. Die Ausbildung staatlich anerkannter Erzieher/innen soll ab Oktober 2010 am Standort Aschersleben erfolgen, da am Schulstandort Drübeck keine Kapazitäten mehr zur Verfügung stehen.

Fort- und Weiterbildung

Die Fort- und Weiterbildungstätigkeit konnte mit dem Jahr 2009 auf einem hohen Niveau gesichert und verstetigt werden. Insgesamt wurden 2.784 Unterrichtsstunden mit 2604 Teilnehmer/innen realisiert. Neben den weiteren Bemühungen zur Qualitätsentwicklung vor allem bzgl. der Kursangebote, wurden zwei Projekte mit überregionaler Bedeutung begonnen bzw. weitergeführt:

Fortbildung für Schulsozialarbeiter/innen

Im Auftrag des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt übernahm das PBW im Herbst 2009 die Projektleitung für die Entwicklung und Durchführung eines Kurskonzepts für die Fortbildung von 40 Schulsozialarbeiter/innen des PARITÄTISCHEN und seiner Mitgliedsorganisationen. Grundlage dafür war ein maßgeblich von der Mitgliedsorganisation Rückenwind e.V. entwickeltes Curriculum. Mit Unterstützung des Sozialministeriums erfolgte im Dezember die Beantragung von Fördermitteln aus dem ESF-Programm »Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs« des Landes Sachsen-Anhalt für zwei Kurse. Beide Kurse wurden 2010 erfolgreich durchgeführt. Für einen der Kurse wurden die beantragten ESF-Mittel bewilligt. Dieser wurde als Tandemkurs mit Lehrkräften und SchulsozialarbeiterInnen durchgeführt.

Gemeinsames Studienangebot mit der Hochschule Magdeburg-Stendal

Im Jahr 2007 übernahm das Bildungswerk von der Koordinierungsstelle Erlebnispädagogik des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt die Durchführung des Zertifikatskurses »Zusatzqualifikation geprüfter Erlebnispädagoge/geprüfte Erlebnispädagogin« und die Kooperationsverhandlungen mit der Hochschule Magdeburg-Stendal für diesen Kurs. Im Jahr 2009 konnte schließlich der Weg für einen angestrebten



PARITÄTISCHES BILDUNGSWERK
SACHSEN-ANHALT

Bildungskalender 2009

Unser Fort- und Weiterbildungsangebot

Kooperationsvertrag mit der Hochschule geebnet werden, der im Juli 2010 unterzeichnet wurde. Damit bieten die Hochschule Magdeburg-Stendal und das PARITÄTISCHE Bildungswerk Sachsen-Anhalt ab dem Wintersemester 2010/2011 das gemeinsame weiterbildende Studienprogramm »Abenteuer- und Erlebnispädagogik« an. Die Absolvent/innen des Studiengangs erwerben 30 Leistungspunkte (Credits) nach dem European Credit Transfer System (ECTS).

Insgesamt kann das PARITÄTISCHE Bildungswerk, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, auf ein ausgesprochen erfolgreiches Geschäftsjahr 2009 zurückblicken. Dieser Erfolg basiert auf der engagierten, fachlich kompetenten und dem Bildungswerk verbundenen Arbeit aller 12 festangestellten und über 50 freiberuflichen MitarbeiterInnen sowie dem uns von TeilnehmerInnen bzw. FachschülerInnen und Kooperationspartnern entgegengebrachten Vertrauen, wofür wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Impressum

Herausgeber:	Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt Wiener Straße 2 39112 Magdeburg Telefon: 0391 6293333 Telefax: 0391 6293555 E-Mail: info@mdlv.paritaet.org www.paritaet-lsa.de
Vorstandsvorsitzender:	Dr. med. Eberhard Jüttner (ejuettner@mdlv.paritaet.org)
Landesgeschäftsführerin:	Dr. Gabriele Girke (V.i.S.d.P.) (ggirke@mdlv.paritaet.org)
Redaktion:	Antje Ludwig (aludwig@mdlv.paritaet.org)
Schlussredaktion:	Dr. Gabriele Girke (ggirke@mdlv.paritaet.org)
Grafik, Satz, Bildbearbeitung, Layout:	Frank-Michael Märtens (fmmaertens@mdlv.paritaet.org)
Fotonachweis:	Göran Gnaudschun, Frank-Michael Märtens, Archiv, Beate Lich (LEBENSILFE-WERK Magdeburg GmbH), Gabriele Haberland, W. Bällchen, Creative Commons License Rob Roy, pixelio.de, Photodisc, StockImages sowie viele fleißige MitarbeiterInnen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt. Herzlichen Dank!
Druck:	MDcityprint Magdeburg

© Der **PARITÄTISCHE** Sachsen-Anhalt 2010

20 Jahre Einsatz, der sich lohnt.



Wir haben was gegen Ausgrenzung:
Toleranz.